

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Bezugspreis:
 Vierteljährl. 5.50 Mk., monatl. 1.20 Mk.,
 wöchentlich 30 Pf., frei ins Haus,
 vorauszahlbar. Einzelne Wochennummern
 5 Pf., Sonntagsummern
 mit Illustrierter Beilage „Die Neue
 Welt“ 10 Pf. Postbezug: Monatlich
 1.20 Mk. Unter Kreuzband für
 Deutschland und Österreich-Ungarn
 2.50 Mk., für das übrige Ausland 4 Mk.,
 monatlich. Postbestellungen nehmen
 an Dänemark, Holland, Burenburg,
 Schweden u. die Schweiz. Eingetragene
 in die Vorkriegs-Verzeichnisse.
 Erscheint täglich.
 Telegramm-Adresse:
 „Sozialdemokrat Berlin“.

Der Anzeigenpreis
 beträgt f. die Nebenzeilenteile Kolonnen-
 zeile 50 Pf. „Kleine Anzeigen“,
 das heißt 2 bis 3 Zeilen (au-
 ßer 2 festgedruckte Worte), je nach
 weiterer Wort 10 Pf. Stellenanzeige
 und Stellenanzeigen das erste
 Wort 10 Pf., jedes weitere Wort 5 Pf.
 Worte über 15 Buchstaben zählen für
 zwei Worte. Zeitungsbekanntmachung
 Familien-Anzeigen 50 Pf.,
 politische u. gewerkschaftliche Vereins-
 anzeigen 40 Pf. die Zeile. Anzeigen
 für die nächste Nummer müssen bis
 5 Uhr nachmitt. im Hauptgeschäft,
 Berlin SW. 68, Lindenstraße 3, ab-
 gegeben werden. Geschäfts von 8 Uhr
 früh bis 7 Uhr abends.

Redaktion: SW. 68, Lindenstraße 3. Freitag, den 19. Oktober 1917. Expedition: SW. 68, Lindenstraße 3.
 Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 151 90-151 97. Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 151 90-151 97.

Die Zukunftsaufgaben der Partei.

Insel Moon genommen. — Ein Geleitzug vernichtet.

Praktischer Sozialismus.

Würzburg, 18. Oktober 1917.

Scheidemanns Rede über die nächsten Aufgaben der Partei war knapp, fesselnd, am Aufbau sich steigend und rief den Parteitag zu stürmischem Beifall hin. Ein Vortrag, der so ungeheures Gebiet umspannen muß, ist stets in Gefahr, sich ins Breite zu verlieren, und doch wird es nachher an Kritikern nicht fehlen, die sagen, es habe dieses oder jenes gefehlt. Scheidemann blieb sozialgen unparteiisch, indem er von Einzelheiten überhaupt nichts gab, kein Sondergebiet bevorzugte oder vernachlässigte, dafür aber alle auf ihre gemeinsame Quelle zurückführte. Seine Rede konnte darum auch durch Kürze wirken und auch durch zusammengeknüllte Kraft. Mit eindringlicher Klarheit ist uns die Tatsache ins Bewußtsein gebracht worden, daß wir jetzt den Kampf um die politische Macht, wie ihn einst unsere Theoretiker verstanden, nicht mehr nur vorbereiten, sondern zu führen haben, daß wir mitten in ihm drin und unmittelbar vor seiner Entscheidung stehen. Wir müssen diesen Kampf führen, selbst wenn wir die Macht jetzt gar nicht haben wollten, weil uns vor der Schwere der Verantwortung graute. Das entwickelt Scheidemann genauer, und ein Bild unendlich getürmter Schwierigkeiten tut sich auf, die unserer Zukunftsarbeit im Wege stehen. Aber mit derselben zwingenden Deutlichkeit wird uns klar, daß wir an diese Arbeit herangehen müssen und daß der Glaube an unseren Stern und die geschichtliche Mission der Arbeiterklasse die erste unentbehrliche Voraussetzung für ihr Gelingen ist. Auch Scheidemanns Rede war eine Programmrede des praktischen Sozialismus der Zukunft, die in Deutschland und in der Welt gehört werden wird.

Man debattiert dann über Scheidemanns Rede und die vier Referate, Landsberg, Cunow, Keil und Wissell, als deren programmatische Zusammenfassung jene Rede zu betrachten ist. Zunächst kommen die Fragen der Staatsverfassung an die Reihe. Die Vertreter verschiedener Kleinstaaten fordern auch ihr Teil an der Demokratisierung, und man sieht, wieviel noch fehlt. Die Frage einer neuen Programmgebung wird von Plüßiger und Bloss in die Debatte geworfen, aber andere haben es dann nicht weniger eilig. Ihnen ist das Programm, das alte und das geforderte neue kein papierner Vahst. Gradnauer und Heinrich Schulz sprechen gute Worte über die Notwendigkeit geistiger Vorbereitung der Massen für das Kommende, über Erziehung zum Sozialismus. Und dann hält Landsberg als Berichterstatter über sein Teilgebiet das Schlusswort. Er findet den Freudenaußbruch des Genossen Peus darüber, daß man die Unabhängigen losgeworden sei, nach den vorgestern angenommenen Beschlüssen für Einigung nicht ganz taktvoll — und dies ist nicht die erste Zurückweisung, die sich die Heißsporne von rechts gefallen lassen müssen. Dann spricht Landsberg mit schneidender Schärfe und Unzweideutigkeit von der Notwendigkeit des sofortigen Uebergangs zur Demokratie und verweist jene, die sich dieser Forderung entgegenstellen, auf die Schwere ihrer Verantwortung.

Damit schließt die Vormittagsitzung. Der Nachmittag ist nach den anstrengenden Verhandlungen der Erholung freigegeben und ein blauer Herbsthimmel lockt in die Berge.

Vernichtung eines Geleitzuges bei den Shetlandsinseln.

Berlin, 18. Oktober. Amtlich. 1. Am 17. Oktober griffen leichte deutsche Seestreitkräfte in der nördlichen Nordsee innerhalb des Speergebietes nahe bei den Shetlandsinseln einen von Norwegen nach England gehenden Geleitzug von 13 Fahrzeugen an, darunter als Schutz die beiden modernen englischen Zerstörer G 29 und G 31.

Alle Schiffe des Geleitzuges sowie die Bedeckungsfahrzeuge, einschließlich der Zerstörer, wurden vernichtet.

bis auf einen Geleitzugsdampfer. Unsere Streitkräfte sind ohne Verluste und Beschädigungen zurückgekehrt.

2 Die Operationen unserer Seestreitkräfte bei Desfel schreiten planmäßig fort.

Der Chef des Admiralstabes der Marine.

Starker Feuerkampf in Flandern. — Artillerieschlacht nordöstlich Soissons. — Deutscher Sturmtruppvorstoß östlich Samogneur. — Bomben auf Rauchy. — Die Beute von Desfel: 10 000 Gefangene, 50 Geschütze. — Seevorstoß bis zum Moonfund.

Amtlich. Großes Hauptquartier, 18. Oktober 1917. (B. L. B.)

Westlicher Kriegsschauplatz.

Seereschutzgruppe Kronprinz Rupprecht.

In der Mitte der flandrischen Front war auch gestern der Feuerkampf stark; besonders in den Abend- und heutigen Morgenstunden war das Feuer am Southouster Waabe und südlich von Paschendaele gesteigert.

Bei Draalbank mehrmals vorstoßende starke Erkundungsabteilungen wurden zurückgeworfen.

Zwischen dem Kanal von La Bassée und der Scarpe sowie südlich von St. Quentin nahm bei „Parsfeldgeleite“ auch die Feueraktivität zu.

Seereschutzgruppe Deutscher Kronprinz.

Nordöstlich von Soissons hat sich die seit Tagen lebhafteste Kampftätigkeit zur Artillerieschlacht entwickelt, die seit gestern früh vom Ailette-Grunde bis Braye mit nur kurzen Pausen andauert.

Auch die Batterien der Nachbarabschnitte beteiligen sich am Feuerkampf.

Von der Aisne bis auf das Ostufer der Mosel nahm in vielen Stellen der Front das Feuer gleichfalls erheblich zu.

An der Nordostfront von Verdun stießen zu frühem Handreich gestern morgen baltische Sturmtruppen bei Höhe 344 östlich von Samogneur in die französischen Gräben vor, gerieten fünf große Unterstände und führten die Besatzung, soweit sie nicht im Nahkampf fiel, gefangen zurück.

Abends machte der Feind zwei Gegenangriffe gegen die genommenen Grabenstücke; beide Male wurde er zurückgewiesen.

Im ganzen wurden gestern 13 Flugzeuge zum Abwurf gebracht. In Erwiderung eines Fliegerangriffs auf Frankfurt a. M. wurde gestern erneut Rauchy mit Bomben beworfen.

Ostlicher Kriegsschauplatz.

Die Eichtung der auf Desfel gemachten Beute hatte bisher folgendes Ergebnis:

10 000 Gefangene von zwei russischen Divisionen. Rauch Moon sind nur wenige hundert Mann entkommen.
 50 Geschütze, dabei einige unversehrte schwere Küsten- und einige Feld-Batterien.

Zahlreiche Waffen und sonstiges Kriegsgerät.

Teile unserer Seestreitkräfte drangen durch die Minenfelder des Nigoiischen Meerbusens bis zum Südausgang des großen Moon-Bundes vor, wohin sich etwa 20 russische Kriegsschiffe nach kurzem Gefecht zurückzogen.

Die russischen Batterien bei Wol auf Moon und bei Berder an der estländischen Küste wurden zum Schweigen gebracht.

Andererseits unserer Flotteneinheiten liegen im Ostteil des Kassar Bick und sperren die Durchfahrt nach Westen.

Zwischen Düna und Donau außer einigen vergeblichen Vorstößen russischer Aufklärer keine größeren Kampfhandlungen.

Mazedonische Front.

Die Lage ist unverändert.

Der Erste Generalquartiermeister.
 Lubendorff.

Abendbericht.

Berlin, 18. Oktober 1917, abends. Amtlich.
 In Flandern geringerer, nordöstlich von Soissons sehr starker Artilleriekampf.

Die zwischen Desfel und Festland gelegene Insel Moon wurde von Land- und Seestreitkräften durch Angriff genommen.

Der österreichische Bericht.

Wien, den 18. Oktober 1917. (B. L. B.) Amtlich wird verkündet:

Außer erfolgreichen Stoßtruppunternehmungen in Dalmatien nirgends besondere Ereignisse.

Der Chef des Generalstabes.

Landesverteidigung und Kreditbewilligung.

Durch die auf dem Würzburger Parteitag mit überwältigender Mehrheit angenommene Entschließung 2 a b e ist die Taktik der Reichstagsfraktion für die nächste Zeit vorgezeichnet. Wir haben den Sinn der Entschließung dahin charakterisiert, daß sie in der Frage der Kreditbewilligung der Fraktion freie Hand läßt. Wir haben dabei angedeutet, daß ein weiteres Zmamtbleiben der Regierung Michaelis die Frage der Kreditverweigerung sehr leicht brennend machen könne.

Durch diese Auslegung haben wir uns das Mißfallen der konservativen „Kreuzzeitung“ zugezogen. Sie sucht uns darüber zu belehren, daß der Sinn der Entschließung Löbe unter allen Umständen die Bewilligung der Kriegskredite verlange. Um des allgemeinen Interesses der Frage willen sehen wir uns gern einmal mit dem konservativen Blatt auseinander.

Die „Kreuzzeitung“ geht von dem Satze der Entschließung aus: „Der Parteitag verpflichtet die Fraktion wie bisher, so auch fernerhin, ihre Stellungnahme zu der Bewilligung von Krediten davon abhängig zu machen, ob sie im Interesse der Landesverteidigung geboten sind.“ Daraus folgert die „Kreuzzeitung“:

„Hierzu hatte die sozialdemokratische Fraktion kein Recht, die Kriegskredite abzulehnen, so lange der Krieg ihrer Auffassung nach im Interesse der Landesverteidigung geführt wird. Und niemand wird behaupten können, daß diese Tatsache irgendwie dadurch beeinträchtigt werden würde, wenn Kriegskredite nicht zum selbständigen Bundesstaat erhoben oder die „Sehnsucht des deutschen Volkes nach Demokratie“ nicht sofort verwirklicht wird. Mit anderen Worten: die Stellungnahme des Parteitag bedeutet die Verpflichtung der Fraktion zur Bewilligung der Kriegskredite, unabhängig von der Haltung der Regierung zu den sozialdemokratischen Programmforderungen. Das ist ja gerade der Gegenstand der Erklärung Hoch, die die Ablehnung der Kredite verlangt, wenn die Reichsleitung nicht bedingungslos das Friedens- und Verfassungsprogramm der Sozialdemokratie annimmt. So stellt sich wenigstens für den unbefangenen Beobachter der Gegenstand der Richtungen dar.“

Wir können der „Kreuzzeitung“ nicht den Vorwurf ersparen, die Resolutionen Löbe wie Hoch nur sehr ungenau gelesen zu haben. Um es gleich vorweg zu nehmen: der wesentlichste Unterschied ist der, daß die Entschließung Hoch die sozialdemokratische Reichstagsfraktion unter allen Umständen auf die Kreditverweigerung festlegen wollte, während die Entschließung Löbe ihr freie Hand läßt. Nirgends aber ist in der Entschließung Löbe davon die Rede, daß die Fraktion unter allen Umständen die Kriegskredite bewilligen muß. Auch der von der „Kreuzzeitung“ angezogene Satz läßt diesen Schluss nicht zu.

Wir können dabei ruhig der „Kreuzzeitung“ ein Zugeständnis machen. Auf dem Parteitag hat Hoch die Ansicht vertreten, daß von einer Bedrohung Deutschlands in diesem Stadium des Krieges nicht mehr die Rede sein könne. Dieser militärische Optimismus ist von der Gegenseite abgelehnt worden und wird auch von uns abgelehnt. Wenn es den Verteidigern einer Festung gelungen ist, den Belagerer aus dem Vorgefände stredemweise zurückzudrängen, ohne daß deswegen der Ring der Belagerung gesprengt worden ist oder die zahlenmäßige Ueberlegenheit des Belagerungsheeres sich wesentlich gemindert hätte, so wird kein Mensch deswegen behaupten, daß die Festung jetzt nicht mehr bedroht sei. Ähnlich hält nach unserer Auffassung der Lage die Bedrohung Deutschlands an, solange es von dem Ringe einer vielfachen feindlichen Uebermacht umgeben ist.

Aber die Landesverteidigung ist nicht nur ein rein militärisches Problem. Wenn die „Kreuzzeitung“ die Entschließung Löbe genau gelesen hätte, so hätte sie auch folgende Sätze darin gefunden:

Der Parteitag verlangt die sofortige Verwirklichung der Sehnsucht des deutschen Volkes nach Demokratie. Er ist der Ansicht, daß nichts so geeignet sein würde, die Widerstandskraft und den Verteidigungswillen des deutschen Volkes zu stärken, als die Verwirklichung der vollen staatsbürgerlichen Gleichberechtigung.

Aus diesem Satz kann die „Kreuzzeitung“ ersehen, daß ihre Auffassung, die Erfüllung der Sehnsucht des Volkes nach Demokratie habe mit der Landesverteidigung nichts zu tun, nicht die der sozialdemokratischen Partei ist. Gerade die Entschließung Löbe bringt mit größter Klarheit zum Ausdruck — was übrigens auch oft genug in den Spalten

des „Vorwärts“ gestanden hat —, daß wir die Förderung nach der Parlamentarisierung Deutschlands, auf Einführung des gleichen Wahlrechts in Preußen und namentlich auch die Förderung des sofortigen Beginnes der Demokratisierung gerade im Interesse der Landesverteidigung erheben. Wir haben hier so oft ausgeführt, weshalb die Demokratisierung Deutschlands auch gleichzeitig eine Stärkung unserer moralischen Widerstandskraft bedeutet, daß wir uns ein nachmaliges Eingehen auf diesen Punkt erlauben.

Für die Sozialdemokratie ist und bleibt die sofortige Demokratisierung Deutschlands und Preußens ein mit der Landesverteidigung auf das engste zusammenhängendes Problem. Das gleiche läßt sich auch von der elsass-lothringischen Frage sagen, der die „Kreuzzeitung“ gleichfalls keine Bedeutung für die Landesverteidigung beimessen will. Wie wir es für die schwerste Schädigung unserer Landesverteidigungsinteressen halten, wenn gewisse dunkle Pläne auf Verteilung des Reichslandes und der einzelnen Bundesstaaten zur Wirklichkeit würden, so sehen wir einen ungeheuren Gewinn für Deutschlands Stellung im Weltkriege darin, wenn man sich endlich entschließt, Elsass-Lothringen die volle Gleichstellung als Bundesstaat mit demokratischer Verfassung einzuräumen. Darüber kann gar kein Zweifel sein, nachdem von der Regierung selber die elsass-lothringische Frage als das eigentliche Friedenshindernis bezeichnet worden ist.

Sobald wir nun aber an der Spitze Deutschlands und Preußens eine Regierung sehen, welche diese wichtigen Interessen der Landesverteidigung verkennt und ihnen zumiderhandelt, so würde die sozialdemokratische Partei durch eine bedingungslose Unterstützung einer solchen Regierung sich selbst zur Mitschuldigen an einer Schädigung der Landesverteidigung machen. Leider ist die heutige Regierung nicht bedenkenfrei. Die Verschleppung der preussischen Wahlrechtsreform, von der wir an anderer Stelle des Blattes berichtet, ist eine sehr wichtige Angelegenheit und geeignet, auch in diesem Punkte den Glauben an das Wort des Herrn Dr. Michaelis zu erschüttern, daß er sich die Führung nicht aus der Hand nehmen ließe.

Dazu kommt ein weiteres: Auch die Durchführung des zu Beginn des Krieges gegebenen Versprechens „Ich kenne keine Parteien mehr!“ ist in unseren Augen einer der wichtigsten Faktoren der Landesverteidigung. Der Reichskanzler, der in öffentlicher Reichstagsitzung dieses Wort in Stücke gebrochen hat, der das vor dem Krieg leider übliche System der Vertiefung und Auslösung miltärischer Richtungen wieder aufleben läßt, der im Eifer der Verfolgung sogar Deutschland vor dem feindlichen Auslande erhebliche Vöthen gibt, hat unseres Erachtens schwer gegen die Interessen der Landesverteidigung gesündigt und sündigt weiter, solange er nicht ausdrücklich diesen Kurs aufgibt.

Daher kann die Sozialdemokratie sehr wohl in die Lage kommen, in dem Weiterbestehen einer gewissen Regierung oder der Verschaltung eines bestimmten Regierungskurses eine Schädigung der Landesverteidigung zu sehen. Ist sie aber einmal dieser Auffassung, dann ist die Beseitigung dieser Regierung eine durch das Interesse der Landesverteidigung gebotene Tat. Und ist das geeignete Mittel zur Beseitigung einer solchen Regierung die Verweigerung der Kriegskredite, dann liegt ihre Ablehnung, nicht ihre Annahme im Interesse der Landesverteidigung.

Da nun gemäß der Entschließung Löbe die Fraktion die Bewilligung von Krediten davon abhängig machen soll, ob sie im Interesse der Landesverteidigung geboten sind, würde in diesem Falle aus dem von der „Kreuzzeitung“ zitierten Satz die Ablehnung der Kredite folgen. Ob das Fortbestehen einer bestimmten Regierung für sich allein anzu sehen werden muß als die moralische Wirkung einer Kreditverweigerung, ist eine Frage des Einzelfalles, sie ist nach sorgfältiger Abwägung des Für und Wider zu beantworten. Die Antwort hängt von den Umständen ab, und es liegt uns fern, der Entscheidung der Fraktion im Falle Michaelis vorzugreifen, wenn wir aus aufgezeigt haben, was sie zumungunsten dieser Regierung beeinflussen muß.

Aber um der „Kreuzzeitung“ zum Schluß ein sicheres Schulbeispiel zu geben: Einer Regierung, deren Politik in allen Stücken den Wünschen der Alldeutschen entspräche, einer solchen müßte die Fraktion nach der Entschließung Löbe unter allen Umständen die Kredite verweigern — im Interesse der Landesverteidigung.

Die Krise Frankreichs.

Nach deutscher Darstellung ist Graf Bernstorff in keine Berührung mit Dolo Pascha gekommen und kennt ihn nicht einmal dem Namen nach. Der Zusatz in dem Jagowischen Telegramm „Haben Sie etwas Neues über Dolo?“ wird als gefälscht bezeichnet. Danach hat sich der Verkehr Dolo Paschas in New York ausschließlich auf die dortigen Vertreter der deutschen Hochfinanz beschränkt.

Der Kassationshof hat entschieden, daß der Vorsitzende des Appellationsgerichtshofes, Ronier, der der juristische Ratgeber Dolo Paschas gewesen sein soll, am 6. November vor einem aus dem Kassationshof gebildeten höheren Rat zu erscheinen hat.

Die Havas aus Paris meldet, daß der Untersuchungsrichter die Untersuchung über den Tod Amerehdas auf. Damit ist diese für die französische Verwaltung und Justiz so blamable Angelegenheit glücklich, wenn auch nicht rühmlich aus der Welt geschafft.

Die Stimmung gegen Boselli.

„Napoli d'Italia“ meldet aus Rom, der allgemeine Eindruck über die gestrige Kammer Sitzung gehe dahin, daß die Lage des Kabinetts gefährlich seien und es dem Schicksal nicht mehr entrinnen könne. Die „Secolo“ berichtet, werden über die Lage des Ministeriums die verschiedensten Ansichten laut, das Unbehagen sei jedoch allgemein. Es sei unmöglich, heute schon ein endgültiges Urteil geben zu wollen, da die Debatte lang werden dürfe. Nach „Nieuwe Rotterdamse Courant“ meldet „Daily Telegraph“ aus Rom vom 17.: Verschiedene Abgeordnete sind mit dem Kabinetts Boselli, den sie für zu alt halten, unzufrieden. Im Innern des Kabinetts herrscht nicht immer vollkommene Übereinstimmung. Einige Minister ohne Portefeuille hält man für überflüssig. Eine Ministerliste ist sehr wohl möglich. Wenn sie eintritt, wird jedoch keine Veränderung in der Leitung des Krieges und in den Beziehungen zu den Bundesgenossen eintreten, da die Krisis einen rein parlamentarischen Charakter haben wird. In politischen Kreisen hält man die Kombination Orlando-Sonnino-Ris für wahrscheinlich.

Der interkonfessionelle unabhängige Sozialist Labriola erklärte in der gestrigen Kammer Sitzung, gegen die Regierung stimmen zu wollen. Er begründete dies mit der wachsenden Einmischung der militärischen Minister und den Meinungsverschiedenheiten gegenüber Sonnino. Das sogenannte nationale Ministerium fühle sich trotz der außerordentlichen Vollmachten ohnmächtig und habe zu sich selbst kein Vertrauen. Der Redner behauptete, daß die Regierung aus dieser inneren Schwäche heraus die Machbefugnisse des Oberkommandos über gewisse Provinzen im Norden und Süden erweitert habe. Die heutige Regierung ist nur ein Ministerium der interkonfessionellen Koalition. Bei Besprechung der Stockholmer Konferenz wandte sich Labriola heftig gegen die Pazifverweigerung, wobei es zu lebhaften Zwischenrufen kam, an denen auch Sonnino sich beteiligte, der zu verstehen gab, daß der Vorwurf, Italien sei gegen Stockholm aufgetreten, falsch sei.

Rhondda droht mit Bedarfsrationierung.

Bern, 18. Oktober. In einem Schreiben an die örtlichen Nahrungsaufsichtungsbehörden fordert Rhondda zur Einsetzung von Nahrungspartikommitees auf, zu denen alle Klassen, Organisationen der Arbeiterschaft, Frauenvereine, Erziehungsanstalten, Lehrer, religiöse Körperschaften herauszuheben seien. Rhondda empfiehlt einen ausgiebigen Gebrauch der Presse, um jedem Haushalt nahezu legen, daß die Vorräte nicht ausreichen, die Bedürfnisse Englands und seiner Verbündeten zu decken, wenn nicht der Verbrauch erheblich eingeschränkt werde. Ohne dies werde der kommende Winter eine Zeit erstickender Besorgnis werden. Falls nicht die größte freiwillige Sparsamkeit angewendet werde, droht Rhondda mit der Zwangsrationierung.

Die Opposition in der Sobranje.

Sofia, 18. Oktober. In der gestrigen Sitzung der Sobranje verlas der Präsident drei von den Vertretern der Oppositionsparteien unterbreitete Interpellationen, in denen der Ministerpräsident aufgefordert wird, sich über die Frage der Verpflegung des Landes und der Armee, über die Kriegsziele Bulgariens in Zusammenhang mit den Friedensausichten, weiter über die Aufhebung der politischen Zensur auszusprechen. Ferner wurden von den marxistischen Sozialisten drei Interpellationen gleichen Inhalts eingebracht. Ministerpräsident Radostawow ergriff sogleich das Wort und erklärte, die Interpellationen seien überflüssig, da die Regierung selbst entschlossen sei, die Debatte über die darin aufgeworfenen Fragen zu eröffnen, in erster Linie über die Frage der Lebensmittelversorgung. Er versprach, in der nächsten Woche Antwort zu erteilen und ersuchte die Sobranje, eine Sitzung auf Montag anzulegen. Der Vorschlag wurde einstimmig angenommen.

Ein englisch-schwedischer Postfachstreit.

Die englische Regierung hat schwedische Postfächer, die diplomatische Dokumente bergen, in Halifax beschlagnahmen lassen und Schweden wehrt sich gegen diese Vergewaltigung. Der Korrespondent der „Times“ meldet: Die Frage der schwedischen Postfächer ist in ein kritisches Stadium getreten, da der schwedische Gesandte Estengren sich weigert, das englische Vorgehen als auch nur irgendwie gerechtfertigt anzuerkennen. Die Regierung in Washington möchte von Schweden den Streik fernhalten, der durch danksing's Enthüllungen entstanden ist, daß die englische Regierung die verdächtigen Postfächer von Stockholm in Halifax beschlagnahmen ließ. Die Säcke befinden sich nun in der britischen Gesandtschaft in Washington. Estengren weigert sich, die Sägel zu zerbrechen und die Säcke in Gegenwart der englischen Beamten zu öffnen.

„Zeit Parisien“ meldet aus Washington, daß die in Halifax von den Engländern beschlagnahmte Post der schwedischen Regierung an ihren Gesandten in Washington jetzt dem amerikanischen Staatssekretär Lansing zugestellt worden sei, der sich bereit erklärt habe, sie dem schwedischen Gesandten zuzustellen unter der Bedingung, daß die Postfächer vor den amerikanischen Behörden geöffnet und ihr Inhalt aufs genaueste untersucht würde. Der schwedische Gesandte scheint nicht gewillt, hierauf einzugehen; er bedürfe der Sendung, um die Botschaftsfrage mit der amerikanischen Regierung erörtern zu können, und verlange daher ihre bedingungslose Auslieferung.

Der Venizelistenprozess gegen Skuludis.

Athen, 17. Oktober. (Melbung der Agence Havas.) Der Bericht des Auswärtigen, der die Erhebungen über das Kabinett Skuludis angeht, ist der Kammer mit folgenden Feststellungen vorgelegt worden. Das Kabinett Skuludis hat die Gewalt ohne das Vertrauen des Volkes übernommen. Es hat am 31. Mai den Versuch unternommen, die Kammer gegen die Verfassung zu beseitigen und die persönliche Politik des Königs zur Ausführung zu bringen. Es hat den Verlust einer Million durch eine ungeschickliche Steuer verursacht und zwei geheime Anleihen mit Deutschland abgeschlossen, ohne die Kammer davon in Kenntnis zu setzen. Es hat das Vorrecht der Nationalbank um 25 Jahre verlängert und Eigentum an Mohammedaner in Mazedonien zurückgegeben trotz der Verfügungen des Gesetzes über die Vergeltungsmassnahmen für die in der Türkei beschlagnahmten griechischen Güter. Es hat den Vertrag mit Serbien verlegt und die öffentliche Meinung gekränkt, indem es Soldatentruppen benutzte und Angriffe auf Bürger und liberale Zeitungen organisierte. Es hat ohne Grund während neun Monaten die Mobilisierung in die Länge gezogen und so eine Auflösung der Mannszucht im Heere bewirkt. Es hat auf alle Weise die deutsche Propaganda beschützt und den Bulgaren das Fort Rupele, Städte in Mazedonien, ein Armeekorps und Material im Werte von Millionen ausgeliefert. Der Bericht spricht sich daher dafür aus, die Minister vor den obersten Gerichtshof zu stellen.

Wie dieser Staatsprozess ausfallen würde, ist klar. Denn zu den ersten Leistungen des Regiments Venizelos gehörte die Beseitigung aller Anhänger der früheren Regierung aus den Justizämtern, die alldahin natürlich mit Venizelisten besetzt wurden.

Die belgische Regierung und die flämische Frage.

Die in den letzten Jahren in Belgien betriebene Agitation zugunsten der Gleichberechtigung der flämischen Bevölkerung hat die belgische Regierung in Havre doch veranlaßt, eine Reformmaßregel zu ergreifen. Wie die „Independance Belge“ vom 10. September mitteilt, hat das belgische Kriegsministerium einen Befehl erlassen, in welchem den Offizieren und den Soldaten befohlen wurde, in verächtlichem Tone mit einander zu verkehren. Der General De Ceuninck stellte es als Ideal auf, die Beherrschung beider nationaler Sprachen zu erlangen, und er appelliert an die Intellektuellen in der Armee, eine Politik der Veröhnung und der nationalen Einheit zu erstreben.

Zwangsdienst für Neutrale in Amerika.

Kopenhagen, 17. Oktober. „Nationaltidende“ meldet aus Stockholm: Die schwedische Gesandtschaft in Washington berichtet, daß das Gesetz, wodurch Neutrale zum Kriegsdienst gezwungen werden können, noch nicht vom Kongreß angenommen sei. Die Frage werde diesen jedoch später beschäftigen.

Nach Schweden gelangten in letzter Zeit kaum ruhigende Meldungen, schwedische Staatsangehörige seien in den Vereinigten Staaten zum Weerdienst gezwungen worden.

Unruhen in Bessarabien.

London, 18. Oktober. Neutermeldung. „Times“ meldet aus Odessa: Erste Unruhen brachen in Bessarabien aus. Eine Anzahl von Pogromen fanden in den Landbezirken statt, sowie erste Tumulte in verschiedenen Städten infolge des Mangels an Lebensmitteln.

Die Ausichtslosigkeit der Materialschlacht.

Im „Kappel“ vom 11. Oktober schreibt Camille Devilar: Das System der Hindenburglinie löst mit bemerkenswertem Erfolg das schwierige Problem, das Vordringen der an Zahl überlegenen und mit Kanonen und Geschossen fast unerschöpflichen französischen englischen Heere auf ein Mindestmaß einzuschränken. Schwere sind die Deutschen geschlagen, aber eine Gesamtniederlage mußten sie bisher zu vermeiden. Und dann das Finanzproblem, das neben Truppenbeständen und Material nicht außer acht zu lassen ist. Die Erfahrung hat gelehrt, daß Geländegewinn nur durch eine Beschießung erzielt werden kann, durch die die Stellung der Verteidiger unhaltbar und die Befreiung von Reservisten unmöglich gemacht wird. General Percin, der in Exzellenzreden unvoreilig ein kompetentes Urteil hat, stellte in einer wertvollen Studie genaue Berechnungen an und zeigt uns damit die Unmöglichkeit, mit der Kanone eines der wesentlichsten Kriegsziele zu erreichen, nämlich die Zerstörung des feindlichen Kriegsmaterials. Er schreibt:

Bei einer Entfernung von 3000 bis 2000 Meter und noch mehr bei Abständen von über 5000 Meter, wofür die schwere Artillerie geschaffen wurde, muß man über 1000 Geschosse aufwenden, wenn man ein Ziel von 4 Quadratmeter (etwa einen Wädhengewehrunderstand, eine feindliche Kanone, einen geschützten Beobachterstand) mit großer Wahrscheinlichkeit treffen will — von Sicherheit kann ja nie die Rede sein. Um also mit einem schweren Geschütz aus großer Entfernung ein Feldgeschütz im Werte von etwa 10 000 Fr. zu zerstören, müßte man mindestens

185 000 Fr. mit dem 105-Millimeter-Geschütz
815 000 „ „ „ 155 „ „
6 000 000 „ „ „ 305 „ „
40 000 000 „ „ „ 520 „ „

Es müßten also abgefragt werden:

1 Kanone von 105 mm im Werte von	20 000 Fr.
2 Kanonen „ 155 „ „	40 000 „
6 „ 305 „ „	500 000 „
82 „ 520 „ „	2 200 000 „

Das würde aber für den Schießenden noch mehr als für den Beschossenen den Ruin bedeuten; es wäre Selbstmord. Unter diesen Umständen ist also die Vernichtung der feindlichen Feldartillerie durch unsere schweren Geschütze mehr als problematisch.

Der Krieg auf den Meeren.

Berlin, 17. Oktober. Auf dem Nordsee-Kriegsschauplatz wurden durch die Tätigkeit unserer U-Boote wiederum

16 000 Br.-Reg.-Tö.

versenkt. Unter den vernichteten Schiffen befanden sich der französische Segler Jacqueline (2800 Tons) sowie der belgische Dampfer Nerville (1750 Tons) mit Bretterladung, ferner ein unbekannter englischer Segler mit Fisch an Bord. Außerdem wurde in der Nähe der irischen Küste der bewaffnete englische Dampfer Petreham (3381 Tons) torpediert, der jedoch mit schwerer Schlagseite noch auf Strand gesetzt werden konnte.

Der Chef des Admiralsstabes der Marine.

Amerikanischer Torpedojäger torpediert.

Washington, 18. Oktober. (Neutermeldung.) Unflüchtig wird mitgeteilt, daß ein amerikanischer Torpedojäger am Dienstag in der Kriegszone torpediert wurde. Ein Matrose wurde getötet, fünf wurden verwundet. Das beschädigte Schiff kehrte in den Hafen zurück.

Norwegens größtes Schiff versenkt. Aus London wird nach Kristiania gemeldet, daß der Dampfer Themis aus Trondheim, Norwegens größtes Schiff, 13 000 Tonnen groß, im Mittelmeer versenkt wurde.

Die Strecke eines U-Boot-Führers, des Kapitänleutnants Jostmann, der seit Beginn des Krieges im Unterseebootdienst und seit August 1915 im Mittelmeer tätig ist, zurzeit als Kommandant von U 89, beträgt insgesamt bisher 148 Schiffe, darunter vier Transporter, mit zusammen 411 000 Tonnen.

Strandung eines Munitionsdampfers. Bergen, 17. Oktober. Ein Geleitzug von 15 Schiffen passierte gestern Abend Narfoten. Ein großer Torpfer, augenscheinlich wegen Maschinenmangels von Sturm und Wind landwärts getrieben, stieß nachts 2^{1/2} Uhr bei dem Seilballen Leuchturm in Löröden auf Grund. Es war der rumänische Dampfer Romanta (4000 Tonnen) mit Munition nach Archangel'sk unterwegs. Zwei Bergungs-dampfer sind an Ort und Stelle, aber die Bergungsarbeit ist infolge des starken Westwindes schwierig.

Die Landung auf Oesel.

Zu der Unternehmung gegen Oesel wird mitgeteilt: Die Transportflotte wurde in der Hauptstadt in Hamburg und Bremerhaven zusammengestellt. Die Schwierigkeit dieser Aufgabe ermittelte man, wenn man sich überlegt, daß die in Frage kommenden Schiffe seit dreizehnjährlicher Fahr ohne Möglichkeit genügender Pflege aufgegeben hatten, daß der Befehl zur Bereitstellung der Flotte, um die Geheimhaltung zu sichern, erst in letzter Stunde gegeben werden konnte, daß Kapitane, Offiziere und Besatzungen erst bei der Abfahrt der Dampfer zur Verfügung gestellt werden konnten, daß zu einer Armeeteilung außer den eigentlichen Truppen und den notwendigen Geschützen der verschiedenen Kaliber ein großer Fuhrpark mit Pferden und Wagen gehört, daß man mit dem Vorhandensein von Lebensmitteln auf Oesel nicht rechnen konnte, und endlich, daß die Landung an freier Küste ohne Ankeranlagen erfolgen mußte.

Die aus den Erfahrungen der Chinaexpedition im Jahre 1900 heraus geschaffene Seetransportabteilung im Reichsmarineamt hat damit den Beweis ihrer Notwendigkeit erbracht und sich ebenso wie die Schiffe bereitstellende Schiffbesatzungskommission und wie die deutschen Privatwerften, denen die Ausführung übertragen wurde, dieser neuen und plötzlich an sie heran tretenden Aufgabe in anerkannter Weise gewachsen gezeigt. Nach tagelanger Vorbereitung durch die Risenjuchverbände fuhr die Transportflotte unter dem

Gerhart Hauptmanns „Winterballade“.

(Uraufführung im Deutschen Theater.)

Die meisten Dramen aus Hauptmanns späterer, der stromend reichen Volkstümlichkeit ersten Schaffens folgenden Periode, besitzen nicht das zwingend Ueberzeugende, die gedrungene Verdichtung und teilsche Rabe, die jenen ersten, in den „Webern“ und „Hanneles Himmelfahrt“ gipfelnden, Werken das Gepräge aufdrücken. Doch schlingen sich auch hier fast immer noch Momente einer eigenartig farbigen Phantasie hinein, mit tiefem Sinn erhaute Szenen, die für das Fremde und Prächige entschädigen und verständlich machen, was den Dichter zu den von ihm gewählten Märchen- und Sagenstoffen hingezogen. Die Erinnerung bewahrt einen Raubball und Schimmer davon. In diesem neuen Drama spürt man leider nichts davon. Es hat so wenig von eigentlich Hauptmannischem Geist, wie sonst nur noch das ganz konditionell geratene Lustspiel „Die Jungfern vom Bischofsberg“ fatalen Augenblicks. Nirgend wo fühlt man ein inneres Verhältnis des Dramatikers zu dem bunten Schwallbe abenteuerlicher Ereignisse, die er in Anknüpfung an eine Erzählung der schwedischen Dichterin Lagerlöf (Herrn Arnes Schatz) hier ausspinnst. Die Figur des Mädchens, das in der Erzählung die Heugin fürchtbaren Nordes wird und schwankend zwischen ihrer Liebe zu dem Mörder und ihrem Rechtsbewusstsein die Stimme der Reue schreit, ist in sich niederkämpfend, bleibt in dem Schauspiel ohne psychologische Vertiefung, ein nachwandlerisch monomanes, willenlos von dumpfem Trieb umhergetriebenes Wesen, dessen pathologische Zustände im Stück ausschließlich von Theatereffekten dienen. Um den Mörder und dessen Spiegelbild steht es nicht besser. Es ist unmöglich, für den so verdorbenen Eurschen, der nach vollbrachter Tat ein Opfer qualender Halluzinationen wird, sich lebhafter zu interessieren. Nicht innere Notwendigkeiten, die der Zuschauer mitempfinden, schmieden ihm das Schicksal. Er macht den Eindruck einer Drahtfigur, deren Bewegungen der Konstrukteur von oben her kalt rechnend im Hinblick auf vorbestimmte Effekte lenkt. Aber nicht einmal die äußere Spannung, die Hauptmann im Widerspruch zu seinem ganzen sonstigen Wesen hier ausschließlich anzustreben scheint, wird trotz allen Aufgebots von Grausigen erreicht. So störend drängt sich die strupellose Vergewaltigung des Menschennütlichen und der bescheidenen Natur, den Sinn erlöschend, vor. Gleichweil, daß von einer Vassadenstimmung, worauf der Titel ja doch deutet, gesprochen werden könnte. Statt großer, starker, im Geistesflug vorüberwührender Begehrheiten, die uns den Atem rauben, zieht ein breit ausgepinneltes Gemälde von trüffelnd überladener Kompliziertheit langsam am Bild vorbei. Ja, selbst die Sprache schiebt matt und schlaglos hin.

Das erste Bild: Arnie und zwei andere schottische Lords, nach dem Friedensschlusse aus dem schwedischen Heer entlassen, kehren freudig und hungernd, die Gesichter geschwärzt, nützlicher Weise auf einem Gefährte ein, fragen nach dem Weg zum alten reichen Pfarrer Arne, und scherzen die Bauern mit allerhand verdächtigem Holuspolus. Im zweiten Bilde: Ueberfall des Arnes, der sich mit seinem neunzig Jahren mutig noch zur Wehre setzt. Die Reize seiner schönen Entlein, die in langer Rede die Räuber verführt, bezaubern den bösen Arnie, der sie aus diesem Grund indes nicht etwa freiläßt, sondern eigenbändig umbringt. Der Arne und was sonst noch in dem Hause, wird samt und sonders hingschachtet, nur ein junges Ding, das ein paar Schritte weiter hinten im Zimmer stand, hat man merkwürdigerweise übersehen. Mit dem erbeuteten Schatz ziehen die Banditen fort. — Es folgt dann eine Gerichtsverhandlung zur Aufklärung des dunklen Falls, in der Arnes sechzigjähriger Sohn, ein Pfarrer gleich dem Vater, wie dieser strengbar und von ungezügelter wilder Nachsicht, ziellos wütend den Richter fortwährend unterbricht. Dem Mädchen, der einzigen, die das Geheimnis kennt, hat das Entsetzen die Sprache gelähmt, den Sinn verwirrt.

Arnie, von dunklem Unbehagen und noch mehr von der verlebten Sehnsucht nach der von ihm erdolchten Schönen gefoltert, kreist um die Stätte seiner Tat, sucht die Personen auf, die irgendwas zu seinem Opfer in Beziehung standen. So auch die Eltern jenes Mädchens. Wahnsinnige Erregung faßt ihn, als er die Verstörte schweigend mit weit vorgestreckten Armen ins Zimmer treten sieht. Ihr Bild verarmt sich ihm mit dem der Toten. Es beginnt ein raffiniertes mythisch-sommambules Liebespiel. Das Mädchen fällt ihm in die Arme. Kaltes Entsetzen und Begierde kämpfen in seinem Innern. Er schießt. Sie aber, die in dieser Erschütterung die verlorene Sprache zurückgewann, verrät mit keinem Worte, was sie weiß. — Inzwischen hat der Pfarrer vom Tod eines im Strom vereisten Schiffes, nahe der Düne, in der die Verbrecher Pferd und Schlitten aus Arnes Hof versenken, ein nützliches Gespräch der Komplizen belauscht und so die richtige Spur gefunden. In des Mädchens Hause überfällt

er den Mörder. Statt sich auf ihn zu stürzen, fordert er — sehr wunderlich. — der Schuldige solle im nächsten Morgenrauen bei dem Schiff sich ihm zum Zweifelsfall stellen. Südwind hat das Eis gesmolzen. Die schottischen Soldaten bereiten jubelnd sich zur Heimfahrt vor. Er aber, Arnie, in die Hölle seiner Phantasien eingebannt, mehr durch Schredgelwinste als durch Bewußtsein seiner Schuld zermürbt, mag nicht mehr weiterleben. Ein Wahnsinniger, der Steine nach dem Mädchen wirft, das ihm wie ein zurückgekehrter Hund von ferne folgt, so tritt er zu der festgelegten Stunde vor den Rächer. Noch einmal rufen ihn die Räder. Ein letztes Nein! entringt sich seinem Munde. Dann stirzt der mächtige Körper leblos nieder. Bei der Gelegenheit erinnert sich der Pfarrer plötzlich wieder an sein Christentum, er murmelt ein paar fromme Worte und der Vorhang fällt.

Die Aufführung tat was möglich für das Stück. Helene Thimig, die aus dem Schauspielhaus kommend, zum ersten Male im Deutschen Theater auftrat, konnte dem Mädchen, die Seele, die der Dichter ihr schuldig geliebt, natürlich auch nicht einhauchen, aber sie wirkte in der Darstellung des Sonnambulschen mit großer Suggestionkraft. Die Gesselmann und Berner Krauß als die zwei Pfarrerleute, Janning in der Rolle eines der Nordgefelten, und Winterstein als alter Handelsmann boten schau- spielerisch markante Typen. Glänzend, namentlich in den letzten Akten, die die Anforderungen an die Darstellung aus höchste steigern, war Wegener's Arnie. Ernst Stern hatte stimmungsvolle Dekorationsentwürfe — vor allem ein prächtiges Bild des hochragenden vereisten Schiffes — beigeleuert. Am Schluß rief der übliche Applaus, in den sich aber auch ein sehr vernehmliches lautes Hissen mischte, den Dichter vor den Vorhang.

Der Zeitgeist vor 100 Jahren.

Zur Erinnerung an die Reformation und zur feierlichen Begründung der deutschen Burschenschaften hatten vor 100 Jahren am 18. Oktober 1817 alle deutschen Universitäten Deputierte nach Eisenach entsendet, woselbst eine erhebende kirchliche Feier stattfand. Am Spätnachmittag des 18. Oktober, gegen 8 Uhr abends, kamen die Deputierten auf dem Marktplatz zusammen und zogen mit weithin leuchtenden Fackeln auf den Wartenberg, woselbst sie sich mit den dort lagernden thüringischen Truppen vereinigten. Auf dem Wartenberg standen in Felten und Lauben Erfrischungen aller Art den Studenten und Soldaten zur Verfügung. Es wurde ein hergerichteter mächtiger Holzstoß entzündet und bei der zum dunklen Nachthimmel aufsteigenden Lohle erfuhr in begeisterten Reden der neue Zeitgeist eithusiasmische Huldigungen. Ein Redner ließ sich dahin aus, es wäre nicht genug, daß man gute Vorsätze gefaßt hätte, man müßte auch Exempel statuieren, und alle jene öffentlich richten, die sich dem Zeitgeiste entgegenstellen wollten. Es wurden dann eine Menge Schriften herbeigebracht und deren Titel laut verlesen, worauf die Bücher mit dem Zeichen der Mißbilligung den Flammen überantwortet wurden. Von diesen Büchern seien genannt: Achers Judentum, Ancillons Staatsverfassung, Feuerbrände von v. Kölln, Dabelows Schrift über den 13. Artikel der Bundesakte, Kosegartens Rede zu Napoleons Geburtstagsfeier, Deutsche Geschichte von Roebner, Weltgeschichte von Schmalz u. v. Verschiedene Blätter, die der Herdwind den Flammen entriß, spielte man mit Feuerbellen auf und warf sie in die Flammen zurück, damit keines seinem Schicksale entginge. Schließlich brachte man unter patriotischen Gesängen noch einige weitere Gegenstände herbei, darunter einen Korporalstock, einen Topf und eine militärische Schürze, die ebenfalls den Flammen zum Opfer fielen. Diese harmlosen Vorgänge gaben aber den reaktionären Regierungen den Vorwand zur Veremordung und Verfolgung der deutschen Burschenschaft.

Rund.

Zehraus Jahren leben die Bewohner der jetzt von deutschen Truppen besetzten Insel Runö im Rigaischen Meerbusen den Weltverkehr an sich vorüberziehen, der von und nach Riga geht — aber kein Dampf legt an ihrer Küste an; angedieh des großen Verkehrsstroms bleibt Runö weltverloren zur Seite liegen. So ist es im Frühling und im Sommer bis in den Herbst hinein. Dann beginnt für Runö die allerruhtigste Zeit. Dann feiert, zuweilen in wenigen Nächten, die See zu; und wenn im Sommer Segelschiffe den Verkehr mit dem Festlande vermitteln, so ist die Insel jetzt ganz und gar von ihm abgeschnitten. Dann kommt keine Nachricht, keine Zeitung nach Runö, und auf dem stillen, eisenen Gelände wird es noch stiller und erster. Still ist es auf Runö freilich immer; denn wenn die See offen ist, dann geht die ganze männliche Bevölkerung auf und davon, um ihrem Verufe, dem Fischfang, sich zu widmen. Auf ihren breitbüchigen Seglern kommen die Räuber weit herum, und ein Fischersmann von Runö,

der sein halb Duzend Sprachen oder gar mehr spricht, ist nichts Außergewöhnliches. Wenn aber das Eis ihnen die See zugesperrt hat, dann bricht für die Räuber die Zeit des Sechundfanges an. Ganz weiß gekleidet, von der Schnee- und Eisdede kaum zu unterscheiden, schleichen sie sich an die Sechundschwärme heran, die sich an der Sonne wärmen, und knallen ab, was ihnen erreichbar ist. Derweil sitzen daheim in dumpfen Stuben die Frauen am Spinnrocken und spinnen und träumen sich durch die schweren, düsteren Wintermonate hindurch.

Runö ist eine flache, waldige Insel, die nur wenige Quadratkilometer umfaßt und von einer schwedischen Bevölkerung besiedelt ist. Es heißt, daß diese Bevölkerung von verbannten schwedischen Sträflingen abstammt, und noch wird, fast ganz in Schlam und Sand versunken, die Barke gezeigt, auf der jene ersten Anstieher am Strande von Runö gelandet sein sollen. Daneben hat die Insel, wie B. B. Larzen in einer Reisebeschreibung einmal bemerkt hat, noch zwei Sechundwürdigkeiten, den Leuchtturm, der der Schiffsahrt im Rigger Meerbusen den Weg weist, und den Pfarrhof, der alle anderen Wohnstätten der Insel an Stättlichkeit erheblich übertrifft. Denn ansonsten sind die Häuser auf Runö recht kümmerlich und verfügen in der Regel nur über ein einziges Zimmer. Die aber drin wohnen, das ist ein stattliches Geschlecht, das den germanischen Typus bis zum heutigen Tage getreulich bewahrt hat. Bis in die neueste Zeit haben die Räuber immer nur untereinander geheiratet, und erst seit einigen Jahren haben sie begonnen, sich auch aus Poon und Dago, aus Finnland und Schweden Frauen zu holen. Wenn im Frühjahr die Wauffschiffe eintreffen, dann bricht für Runö eine Zeit der Feste an, und die stille Insel hallt von Musik wider, bis sie in ihren alten träben Schlaf zurückfällt. Uebrigens halten die Räuber im Gulen und Schledien mit eht germanischer Fähigkeit am Hergebrachten fest. Noch heut holen sie sich ihren Pfarrer von Schweden her, und noch heut beschmähen sie die „moderne“ Einrichtung des Schornsteins. Sommer und Winter bleibt die Haustür geöffnet, und durch sie muß der Rauch sich seinen Ausweg suchen.

Die neunstufige Volksschule in Hamburg.

Auf dem Wege zur Einheitschule hat das hamburgische Schulwesen einen bedeutenden Schritt vorwärts getan. Es bestand zuerst die Absicht, der Einheitschulforderung in der Weise Rechnung zu tragen, daß wie in anderen Städten durch Einrichtung von Vorbereitungsklassen und Uebergangsklassen die Volksschule mit den weiterführenden Lehranstalten in Verbindung gebracht würde. Gegen einen solchen Ausbau des Schulwesens wurden aus den Kreisen der Lehrerschaft schwere Bedenken geltend gemacht; es wurde die Einheitschule im Sinne des Deutschen Lehrervereins gefordert, zumindest aber ein Ausbau der Volksschule zu einer eigenlebigen, den höheren Schulen gleichberechtigten Bildungsanstalt. Diese Forderung wurde von der Bürgerchaft aufgenommen, die sich dafür aussprach, daß einer Anzahl Volksschulen vom Ende der gegenwärtigen Klasse ab je ein neuer Zug von vier Klassen mit zwei verbindlichen Fremdsprachen angegliedert wird. Der Lehrplan ist dem der höheren Schule noch möglichst anzupassen und der neue Volksschulzug so aufzugestalten, daß ihm die Berechtigungen der preussischen Mittelschule, insbesondere das Recht zur Aufnahme in die höheren Fachschulen und zur Ablegung der Einjährigen-Prüfung zuerkannt werden können. Der Senat hat diesen Anträgen jetzt zugestimmt, so daß sie im vollen Umfang Gesehskraft erhalten.

Diese Tatsache ist, wie die Pädagogische Reform dazu bemerkt, auf freudigste zu begrüßen. Hamburg ist allen Halbselten und Pädagogischen Tagungen (Vorbereitungsklassen, Uebergangsklassen) Flug aus dem Wege gegangen und hat die drohende Gefahr, nach dem Beispiel der preussischen Mittelschule eine neue Ständeschule seinem Schulwesen einzugliedern, für die künftige Zeit überwunden. In Zukunft kann jeder Hamburger Volksschüler Bildung und Vorrechte einer höheren Schule erwerben. Und er kann sie sich erwerben im geordneten einfachen Schulaufstieg, ohne Zeiterlust, ohne um Gnadenmittel wie Freistellen zu bitten, ohne peinliche Sittenbeobachtungen über sich ergehen lassen zu müssen, ohne die Geldauswendungen seiner Eltern in höherem Maße als bisher in Anspruch zu nehmen — lediglich auf Grund seiner Fähigkeiten. Und umgekehrt kann jeder Hamburger, der sich der gesellschaftlichen und Bildungsvorurteile begibt, künftig seine Kinder inmitten des Volkes zur höheren Bildung hinführen, über die Oberrealschule und bei Einrichtung von mehrfreien Klassen in Latein über das Realgymnasium bis zur Unversität. Er hilft dann mit, den großen Gedanken der Einheitschule in das Denken und Fühlen des ganzen Volkes zu überführen und praktisch den Beweis zu bringen, daß neben den allgemeinen Volksschulbildungsanstalten Sonderchulen eine sachliche und stützliche Berechtigung nicht haben. Es steht so nicht die Einheitschule, wie das Zeitempfinden es eigentlich erfordert, von heut auf morgen, so ist ihr Kommen doch gewiß,

Die welsche Nachtigall.

Der Roman eines sterbenden Jahrhunderts. Von R. Francé.

Der erste, der aufstand, um sich dem „Kinde“ zu nähern, war der Professor Crollalanza; aber kaum trat er auf das unruhig sich im Lehnstuhl windende Mädchen zu, als sie entsezt aufschrie, die Hände wie erschreckt hochhob und sich zur Behre setzte.

„Sie lieben nicht ihre Aura (Lusthauch).“ flüsterte Caballo.

„Der Deubel, ich auch nicht.“ brummte der ehtliche Hundt für sich. Ihm war sein Kollege Crollalanza stets ein Dorn im Auge, und auch heute hatte er es vor seinem Freunde Widmont als Fehler und Unflughheit bezeichnet, den sich aufdrängenden und keinem von ihnen ganz genau bekannten Rechtslehrer — er nannte ihn einen Teufelsadvokaten — zu einer vertraulichen Assemblée beizuziehen. „Wenn sie auch nur Schnurre und blühblauer Dunst ist.“ setzte er lachend hinzu.

Nun trat Widmont auf das Mädchen zu. Ihm streckte es die Arme entgegen, wie ein Kind, das den heimkehrenden Vater begrüßt. Ja, sie zog den alten Mann an sich, koste ihn und küßte ihn wiederholt schallend. Von da ab benahm sie sich zutraulich, stand auf, ging in der Stube umher, betrachtete neugierig Gegenstände, klatschte in die Hände und sang ein Kinderliedchen.

Nicht mit ihrer Stimme, sondern ganz verändert, kindlich hell, in unerkennbar echter Art.

Da sah sie sich Weiser ein Herz, trat vor aus dem Kreise, um dem seltsam an Wesen näher ins Gesicht zu sehen.

„Gib er ihr die Hand und führe er sie ein wenig herum — sie muß uns kennen lernen, nur dann kann man sie fragen“ — sagte Widmont leise zu dem Studenten.

Dieser gehorchte, wenn auch mit Widerstreben und griff nach den kleinen flebrig-kalten Fingern. Kaum aber hatte er sie berührt, als Fatme mit einem Schrei, wie ein aufgeschrecktes Vögelchen zurückfiel und sie die ergriffene Hand heftig am Kleid abwischte, als sei sie besleckt worden.

„Blut... Blut.“ stammelte sie und streckte abwehrnd den Arm gegen ihn.

Weiser sah erschrocken auf seine Hand und ein unerklärliches Unbehagen durchrieselte ihn. Nichts anderes verneinte er, als daß von seiner grauen Beschäftigung in anatomischen Theater noch Blut auf seinen Nägeln zurückgeblieben sei, worüber sich das arme Ding entsezte. Aber nicht der kleinste Rand war im Dämmerlicht der Stube zu sehen und auch später im Lichte, als er seine Rechte nochmals genau betrachtete, konnte er nichts entdecken, was den aberwitzigen Ausruf gerechtfertigt hätte. Aber seit diesem Augenblick glaubte er an die unheimlichen Gaben dieses Mädchens. — Denn wie hätte sie sonst erraten können, daß sie von der Hand eines blutgewohnten Anatomieschülers angefaßt worden war? Caballo hatte die kleinen Szene mit großer Aufmerksamkeit verfolgt. Jetzt trat er zu Widmont und sagte schnell:

„Ich glaube, sie ist so weit — man kann fragen.“

Dann ergriff er brutal die kleine Türkin am Arm und zog sie in die Mitte des rasch um sie geschlossenen Kreises, während Weiser auf einen Wink seines Lehrers die Beleuchtung des Studierzimmers heller gefaltete.

Schwankend, mit dem Kopfe unruhig pendelnd, sah das Mädchen da; wohl sah man ihr Auge, aber der Blick war erloschen, das Auge sah nicht. Aus dem halbgeöffneten Munde drang leichter Schaum.

„Qualcuno musica, signori“ rief der Italiener, der sie stets aufmerksam, offenbar in hoher Nervenspannung und angstvoll um ihr Leben befragt, beobachtete.

Die Professoren sahen sich verlegen an. Keiner von ihnen wußte hierfür Rat. Doch der Italiener holte aus seinem Mantel eine kleine Spieldose, und es war unsäglich grotesk, dieses erste Studiergemach, in dem im halben Dämmerlicht alles ins Fragenhafte gesteigert war, mit den vier alten Herren, dem spulhaften, jetzt häßlich wie ein Höllendämon erscheinenden Italiener und dem schönen, halb trunken, halb wahnsinnig erscheinenden Mädchen in seinem phantastischen Putz, den der junge Student auf einer Spieldose wehmütiges Gezirpe vorleierte, worauf sie bald lächelte, bald mit grauenhafter Lustigkeit laut aufschrie und einen eigen wiegenden Tanz begann.

„Jakob, es wird genug sein.“ sagte leise der Doktor Widmont.

„Jakob,“ freischte die Sonnambule, und immer wieder unterbrach sie auch später den Fluß ihrer Rede mit dem wie von einem Papagei hervorgestohlenen Ruf: „Jakob“, wobei

sie mit der flachen Hand auf den Tisch schlug. Dann trat allemal ihr Herr und Meister zu ihr, legte ihr die Hand auf die Stirn und zog darüber seine magnetischen Striche, worauf sie beruhigt und wohligh feufzend im Stuhle zurückfiel.

„Was sollen wir nun fragen,“ erkundigte sich Widmont bei seinen Gästen. Diese zuckten die Achseln. Dem Stadtmedikus perlten Schweißtröpfchen auf der Stirne, er schluckte heftig und brachte nur abwehrende Bewegungen hervor. Dem dicken Hundt war auch das Lächeln vergangen, immerhin raffte er sich auf zu sagen:

„Da sage und frage der Teufel, nicht ich, daß Mädel ist krank!“

Aber noch bevor der Italiener, der aufsteh, darauf antworten konnte, mischte sich Crollalanza ein:

„Nein, nicht krank erkrankt sie mir, wohl aber vom bösen Geist besessen. Genau so sollen die signora malehcari gewesen sein, von denen Sprenger und die auctores sasras reden.“

Hundt stieß unter dem Tische seinen Freund an mit vorwurfsvollem Blicke. Aber nun war es zu spät.

Schließlich einigte man sich, die Seherin um das Schicksal des alten Professorenstodes zu befragen. Das war eines der brennendsten Tagesprobleme für die gelehrte Welt von Ingolstadt, denn zu oft hatten die Universitus um ein neues Lehrgebäude petitioniert, angesichts der offensichtlichen Baufälligkeit des alten, und just am zweittächsten Tage sollte im Magistratus chrysolopolensis die entscheidende Kollegatsitzung sein, die über den Zukuh der Stadt zu einem möglichen Neubau und damit über das Schicksal der Sache selbst entschied.

Widmont hatte den warnenden Blick seines Freundes verstanden, denn auch ihn hatte die fast unwillkürliche Bemerkung des angeblichen Expriesters stuhig gemacht, und wenn auch sehr gegen seinen ursprünglichen Willen, suchte er nun doch selbst dem Experiment eine unpolitische Wendung zu geben.

Man frug die kleine Fatme um die Sache. Sie schwieg. Caballo wiederholte die Frage, scharf und langsam. Sie wand sich wie in Krämpfen, seine Wagnerseurkunft beruhigte sie wieder.

„Ja, sehe nichts,“ murmelte sie dumpf. „Naud, man trägt einen Toten, man schreit, viele, viele Menschen.“

(Fortf. folgt.)

Die Verhandlungen des Würzburger Parteitag.

Vierter Verhandlungstag.

Würzburg, 18. Oktober.

Den Vorsitz führt Auer. Den Bericht der Beschwerdekommission erstattet

Wahne-Hamburg. Die Anträge der Kommission, die sich auf 14 einzelne Fälle beziehen, werden vom Parteitag ausnahmslos genehmigt. Von allgemeinerem Interesse ist nur der Fall Hau-eisen-Knecht, eines Angestellten des Buchbinderverbandes, der wegen Nichtablieferung der Raiffeisbeiträge aus der Partei ausgeschlossen ist. Auf Antrag der Kommission lehnt der Parteitag den Beschluß auf, weil das Verhalten Hau-eisens zwar ein schlechtes Beispiel von Disziplinwidrigkeit gegeben hat, jedoch auch andere Parteimitglieder die Beiträge nicht abgeliefert haben, und der Ablieferungsbeschluß inzwischen aufgehoben ist. Julian Wachardt hat seine Verurteilung gegen das Berliner Schiedsgericht mit der Begründung zurückgezogen, daß die jetzige Partei nicht mehr die alte sei und er ihr nicht das Recht zuerkenne, über ihn zu urteilen. Der Parteitag nimmt das mit Befriedigung zur Kenntnis und geht zur Tagesordnung über.

Die nächsten Aufgaben der Partei.

Die Teilberichte von Landsberg über Demokratisierung, Keil über Steuerfragen, Cunow über Wirtschafts- und Biffell über Sozialpolitik sind bereits in der Parteipresse veröffentlicht worden. Das Hauptreferat erstattet

Scheidemann:

In dem Augenblick, in dem sich das alte gewohnte Bild des Parteitagstages vor unseren Augen wieder entfaltete, drang die furchtbare Größe dessen, was wir seither erlebt haben, erneut mit betäubender Wucht auf uns ein. Ein Parteitag findet wieder statt. Wir stehen nun drei Jahre und drei Monate in dem ungeheuersten aller Kriege und leben auch heute nur erst unbedeutlich das Ende in dümmender Ferne vor uns. Manneskraft und Wirtschaftsgut aller Völker sind zum großen Teil vernichtet worden, und kein Rechenmeister wagt zu sagen, wieviel am Ende des Krieges noch übrig bleibt. Ebenso wenig vermögen wir uns heute ein Bild von dem politischen und wirtschaftlichen Kräfteverhältnis der Staaten untereinander zu machen, solange draußen noch um die Entscheidung gekämpft wird. Ebenso stehen wir in unseren eigenen wirtschaftlichen und politischen Verhältnissen in einem Strom der Entwicklung, von dem wir nur wissen, daß er reichend ist, aber nicht sagen können, wo er mündet. Klar in dieser Fülle der Unklarheiten ist nur eines: Alles müßte für die Menschheit ein verzweifelt schlechtes Ende nehmen, wenn sie sich von den Ereignissen treiben ließe und auf jeden Versuch verzichtete, diesem geschilderten Geschehen die Gesetze ihrer Vernunft und ihres Willens aufzuzwingen. Nur die alten abgelebten, hoffnungslos vom Schicksal Jermürdeten setzen sich an den Begrab, um das Ende abzuwarten. Wir aber wollen leben und haben zum Leben auch den Mut und die Kraft. (Beifall.) Wir als Sozialisten haben Pflichten zu erfüllen gegenüber unserer großen Familie, der deutschen Volksgemeinschaft, und gegenüber der noch größeren Menschheitsfamilie, die sich im Bruderkampf zerfleischt. Wir haben nicht das Recht, auch nur für einen Tag stumm oder zaghaft zu werden. Und wie die tapferen Öpreußen und die tapferen Belgier und Franzosen des Kriegesgebietes, die in den Kellern ihrer zerhöhenen Wohnstätten fest blieben und bleiben in dem Glauben an eine bessere Zukunft, so müssen auch wir, denen der Krieg alles zerrüttet hat, an den Morgen denken, der dieser Nacht des Völkerrases folgen wird, an den Tag des Wiederaufbaus und der Völkerveröhnung. Gewaltige Aufgaben erwarten uns. Wir werden uns vielleicht einmal zurückziehen in die Zeit, wo wir verfolgt und unterdrückt waren, denn damals waren wir ja jeder Verantwortung frei und stets lebhaften Beifalls sicher, wenn wir das Spiel der Herren im Ordensschmutz und Ministerfrack schonungslos kritisierten. Unsere Kritik war auch berechtigt, nützlich und fruchtbar, aber

Zeit und Verhältnisse haben sich geändert.

Es ist unentbehrlich, daß wir nicht auch selbst und damit geändert hätten, daß wir in dieser Zeit ungeheurer Veränderungen uns den Wahlpruch derer von Rastow zu eigen machten: Rastow was so, ist so, bliewol sol (Heterkeit). Wir haben lange genug die wirtschaftliche Entwicklung studiert, um zu wissen, wer nicht freiwillig mitgeht, den zieht sie an den Ohren mit. (Heterkeit.) Das werden die ewig konservativen von rechts und links noch erfahren. (Sehr gut.) In taktischer Beziehung sind wir beweglicher geworden, weil die Stellung der Arbeiterklasse sich durch den Krieg erheblich verändert hat. Der Imperialismus dachte in diesem Kriege keine Schlachten mit dem Proletariat zu schlagen und mancher Schmerzensschrei ist darüber ertönt, mit welcher Leichtigkeit der Imperialismus aus dem Proletariat seine Schlachtreihen bildete und immer wieder füllte. Und doch hat der Krieg die Klassenherrschaft der Bourgeoisie über das Proletariat nicht gestürzt, im Gegenteil, die Proletariate haben überall das Verhufisfen gewonnen, daß der Staat, für den sie kämpfen, nach dem Kriege noch weniger als vorher bloß staalischer Klassegegner sein wird. Die Arbeiterklasse ist nicht mehr eine amorphe Masse, sondern organisiert und gegliedert, die organisierte Arbeiterklasse kann sich aus tausend Gründen nicht gegen den Staat stellen und hat es nirgends getan. Denn die prinzipiellen Kreditverweigerer in Rußland, Serbien und Bulgarien, so hoch wie ihren Mut schägen, sind nicht Vertreter einer organisierten Industrie-Arbeiterschaft. Aber wenn das organisierte Proletariat für den Kampfenkampf des Staates stand, so dachte es doch nicht daran, lediglich imperialistisches Kanonenfutter zu sein, sondern hielt überall seine besonderen Klassenbeute und Klassenziele aufrecht. Das Proletariat ist kein Mietssoldat der herrschenden Klassen, sondern ein durch die Not hervorgegangener Bundesgenosse, der am Schluß seine Rechnung präsentieren wird. Wir stehen erst am Anfang der ungeheuren Machtverschöpfung zugunsten des Proletariats,

die der Krieg hervorgerufen hat, und dadurch hat die sozialdemokratische Partei die unmittelbare Anwartschaft auf die Macht im Staate gewonnen. So oder so wird sich das parlamentarische System durchsetzen. Deutschland wird nach dem Kriege ein demokratisch-parlamentarisches Staatswesen, die Mehrheit wird auch die Regierungstellen und die Verantwortung übernehmen müssen. Die erste Reichstagswahl nach dem Kriege wird eine ganz andere Bedeutung haben, als jemals zuvor. Wir wissen nicht, wie sie ausgehen wird, aber wenn nicht alles täuscht, wird sie uns eine sehr große Macht bringen. Dann werden wir nicht mehr die Annehmlichkeiten der Opposition genießen und anderen die Verantwortung überlassen können. (Sehr wahr!) Kann denn jemand in Deutschland wünschen, daß Deutschland nach dem Kriege von einem antisozialdemokratischen Block regiert wird, in dem die konservativen, Absoluten und Scharmacher die Führung hätten? (Sehr wahr!) Bei der nächsten Reichstagswahl geht es um die wirkliche politische Macht, um den entscheidenden Einfluß im Staat, um die Regierung selbst. Wir müssen an jedem Tag, an dem uns das Volk dazu beruft, bereit sein, die sozialistischen Grundzüge in die Wirklichkeit zu übertragen. Und da stehen wir vor einem gewaltigen Problem, das

uns schon in Friedenszeiten in unseren Träumen manchmal Alpdrücken verursacht hat. Und doch, hätte uns damals ein welt-politischer Zufall plötzlich zur Macht gebracht, so wäre es ein Kinderpiel gewesen im Vergleich zu dem, was wir jetzt leisten müssen. Damals frogte das Land vom Reichtum einer großen kapitalistischen Prosperitätsepoche. Kommern, Risten und Scheunen waren voll bis oben hin. Jetzt wird das Land der Verberkung sein gelobtes Land sein, in dem Milch und Honig fließt. Wir sind arm, entblößt, blutend aus tausend Wunden, wir haben kaum genug Brot für alle und nicht genug Leder. Drei Jahre lang hat die ganze Bevölkerung wirtschaftlich unproduktiv gearbeitet. Der wachsende Berg bedruckten Papiers zeigt unsere Verarmung und Verschuldung an. Und in diesem Trümmerrahmen sollen wir

die Vergesellschaftung der Produktionsmittel

und ein neues System der Güterverteilung durchzuführen, sollen wir dafür sorgen, daß jeder ein Dach über seinem Kopfe, jeder sein Eisen und seine Kleidung erhält, und dabei ist nichts da und dabei langt es nicht hier und dort. Da könnte die Aufgabe selbst den Mutigsten schreden. Der Sozialismus ist nach unserer Ueberzeugung etwas unendlich Großes, aber seine Macht der Idee kann die Menschheit aus der Hölle, die sie sich selbst bereitet hat, mit einem Schlage ins Paradies hinüberführen. Auch unter dem besten System werden die Bunden nur langsam heilen. Da mag vielleicht der ungeduldige Patient dem gewissenhaften Arzt untrun werden und sich dem ersten besten Kur-pulscher anvertrauen. Kommen wir also nach dem Kriege zur Macht, müssen wir mit der Gefahr schwerer Rückschläge rechnen. Wir müssen deshalb sehr vorsichtig mit unseren Verheißungen sein und können dem Volk nicht den Himmel auf Erden versprechen. Aber mit gutem Gewissen und voller Ueberzeugung erklären wir, daß der Aufbau und die Erholung nach dem Kriege anders überhaupt nicht denkbar ist als durch planvolle Anwendung sozialistischer Grundzüge und die methodische Durch-durchführung der ganzen Wirtschaft mit dem sozialistischen Prinzip. Wir dürfen nach dem Kriege nicht mehr Theoretiker und Agitatoren bleiben, sondern müssen Praktiker des Sozialismus werden. (Lebh. Beifall.) Und wir dürfen dabei nicht vergessen, daß der Sozialismus nicht Zweck, sondern nur Mittel zum Zweck ist, um den materiellen und geistigen Wohlstand des Volkes zu heben. Deshalb müssen wir uns vor Prinzipienreiterei hüten und jede Maßregel nur darauf hin ansetzen, nicht nur, ob sie sozialistisch, sondern ob sie auch praktisch ist. Durch verkehrte Anwendung unseres Prinzips und Anwendung an einer falschen Stelle können wir nur unter Prinzip selbst schädigen. Nutzen kann es zunächst nur da, wo es der breiten Masse greifbare Vorteile bietet. Wir können nach dem Kriege nicht rein sozialistisch wirtschaften und jeden Betrieb bis zum letzten Vorbierladen verstaatlichen, aber Reich, Staat und Gemeinde, Gewerkschaft und Genossenschaft werden im Wirtschaftsleben nach dem Kriege eine ganz andere Rolle spielen als zuvor. Der Prozeß der Durchschlichtung, wie ihn der treffliche Dr. Renner genannt hat, wird sich nachher viel rascher vollziehen. Welche Wirtschaftszweige das Reich übernehmen muß und welche der privaten Initiative zu überlassen sind, kann nur von Fall zu Fall entschieden werden. Das Ziel ist: des Volkes Kraft auf die höchste Stufe der Produktivität zu heben, die vorhandenen Arbeitskräfte voll auszunutzen zum Wohle der Allgemeinheit. Wir werden nach dem Kriege kein Schlaraffenland haben, sondern an jeder Stelle wird mit voller Hingabe gearbeitet werden müssen. Aber wir werden auch den Grundlag heberzigen, daß ein Volk nicht reicher, sondern ärmer wird, wenn es Raubbau treibt mit der menschlichen Arbeitskraft, der Quelle seines Reichtums. (Lebh. Beifall.) Darum

nach dem Kriege erst recht Sozialpolitik

und endlich ernsthafte Bevölkerungspolitik! Die Sozialpolitik muß mit der Wirtschaftspolitik so in Verbindung gebracht werden, daß sie die Produktivität nicht hindert, sondern erhöht. Darum hängen die beiden Referate von Cunow und Biffell eng zusammen. Die individualistische Betrachtungsweise der Wirtschaft will dem einzelnen mit möglichst geringem Kraftaufwand einen möglichst großen Teil der allgemeinen Gütererzeugung sichern. Die sozialistische Auffassung will, daß jeder einen möglichst großen Anteil zur allgemeinen Gütererzeugung beiträgt, und sichert ihm dafür den Anspruch, als Kulturmenschen behandelt, entlohnt und möglichst lange erhalten zu werden. Wir beziehen deshalb den Begriff der Arbeit nicht etwa eng nur auf körperliche Arbeit. Die wertvollste Arbeit leistet, wer Arbeit waren läßt. Dem Organisator der Arbeit winkt in Zukunft das größte Ziel.

Zur Erfüllung aller dieser Aufgaben reicht die Kraft unserer Partei nicht aus, sie greift weit hinaus über den Rahmen unserer Parteiorganisation, die auf den politischen Kampf eingestellt ist. Sie ist nicht Parteisache, sondern Volkssache, eine allgemeine nationale Angelegenheit. Wer in Zukunft seinem Volke dienen will, wird praktischer Sozialist sein müssen, ob er nun zu unserer sozialistischen Kampfgemeinschaft gehört oder nicht. Zu diesem praktischen Sozialismus rufe ich alle die auf, die vom Wesen der neuen Zeit einen Gaus verspürt haben. Die letzte Entscheidung über unsere Zukunft fällt ja nicht in den Schützengräben, sondern erst bei dem wirtschaftlichen Wiederaufbau. (Sehr wahr!) Eine kleine, aber sehr einflußreiche Schicht schwort auf das freie Spiel der Kräfte und möchte nach dem letzten Plintenschuß mit flatternden Fahnen zu ihm zurückkehren. Wir wollen gewiß nicht nach Schema F sozialisieren und der freien Initiative den Weg verbaue; wo sie sich nützlich betätigen kann, mag sie weit ausgreifen, aber die einfache Rückkehr zum freien Spiel der Kräfte müßte zu einer wahren Katastrophe führen. Wie sollen wir die notwendigen Rohstoffe bekommen ohne staatliche Regelung, wie werden sich die Preise der Lebensmittel stellen, wenn durch Aufhebung der staatlichen Regelung schrankenloser Preistreibererei für und For geöffnet wird? Wie sollen Arbeitslosigkeit und Lohndruck verhütet werden? Eine ordnungslose Wirtschaft müßte ein solches Maß von Massenelend und Massenverberkung erzeugen, daß der gewaltsame Ausbruch nahezu wäre. So drängt sich der Sozialismus von selbst auf als

Notstandsmaßnahme der staatlichen Selbsthaltung.

(Sehr gut!) Und auch von der finanzpolitischen Seite drängt er sich auf. Ein fünfmal höherer Betrag als früher wird durch die öffentlichen Rassen gehen, um Zinsen, Renten und Unter-stützungen, Röhne und Gehälter zu zahlen. Keine Lösung des staatlichen Finanzproblems ist denkbar ohne eine gründliche Vermögens-abgabe und Raubbau. Diese sozialistische Wirklichkeit würde sich aufzwingen, wenn es nie eine sozialistische Theorie und Propaganda gegeben hätte. Man müßte den Sozialismus erfinden, wenn es ihn nicht gäbe. (Sehr wahr!) Weil wir zum Sozialismus gezwungen sind, sind wir auch zur Demokratie gezwungen. Die Machtfrage, welche die wirtschaftliche Entwicklung dem Staate gegenüber dem einzelnen in die Hand gibt, würde eine unerträglich tyrannische, wenn sie von einer unbeschränkt waltenden Bureokratie gehandhabt würde. Gegenüber der zermalmenden Macht der bürokratischen Zentralgewalt braucht jeder einzelne den festen Panzer gesicherter staatsbürgerlicher Freiheit. Niemand soll

einem Gebot unterworfen sein, an dessen Erlaß er nicht gleichberechtigt mitgewirkt hat. Behörden, Minister und Kongre-ler, die verlangen, müssen rasch entfernt werden können. Wir brauchen

Demokratie im Staat und Selbstverwaltung.

wenn nicht Reglementiererei fruchtbare Arbeit ertöden soll. Deutsch-land braucht die Demokratie, um leben zu können, nicht nur für den Krieg, sondern auch für die kommende Friedenszeit. — Den Welt-frieden zu sichern, muß nach diesen maßlosen Greueln unsere vornehmste Aufgabe sein. Am furchtbaren Schicksalstage des 1. August 1914 haben wir das nicht gekonnt, möge uns das Volk, möge uns alle Völker die Kraft verleihen, daß wir es in Zukunft können. Das Volk selbst muß Garant der kommenden Völkerverträge, der nimmermüde Wächter des Friedens sein. Nach dem Kriege werden wir unteruchen müssen, inwieweit heimische Einrichtungen oder bei uns herrschender Geist zu den Ursachen der Menschheitskatastrophe zählen, und wo wir solche Fehler erkennen, werden wir sie mit Stumpf und Stiel austrotten. Jede Meinung, die das Wohl des Volkes bedroht, werden wir schonungslos belämpfen, belämpfen mit geistigen Waffen, mit sittlich höherer Lebens-auffassung. Ein tüchtiger Volkswille zur Freiheit wird auch stark genug zum Frieden sein, stark nicht durch Waffenrüstung. Was macht denn unseren Hauptgegner in diesem Krieg, England, so stark und was ist unsere schlimmste Schwäche? England hat verstanden, die ganze Welt zum Freund zu gewinnen und wir haben die ganze Welt als Freund verloren. (Sehr wahr!) Das soll anders werden. Wir rüsten zu einem neuen Kampf mit England, zu einem Kampf nicht um die span-drische Küste, sondern

um die Sympathie der Völker,

um die Seele der Welt. (Lebhafter Beifall.) Nicht U-Boote oder Tanks können diesen Krieg gewinnen, sondern nur der weitefernde Fortschritt in freizeitlichen und sozialen Einrichtungen. Sieger wird sein, wer mehr zu geben hat. Für diesen friedlichen Weltkampf bietet sich ein weites Feld. Der Krieg hat bei allen Völkern überall die gleichen Schwachheitszustände erzeugt und überall die gleichen Maß-nahmen zur Wiederherstellung. Niemand scheinen sich die Völker so ähnlich zu sein, als wenn sie miteinander Krieg führen, ähnlich in Gutem wie in Bösem. Eine nahezu vollkommene Gleichmäßigkeit zeigt sich, wenn es sich um eigentliche Arbeiter-forderungen handelt. Bei den Beschläßen der Gewerkschafts-konferenz in Leeds oder der internationalen Gewerkschaftskonferenz in Bern konnte es gar keine Meinungsverschieden-heiten nach nationalen Gesichtspunkten geben. Das ist der eigent-liche Grund, warum die Engländer sich von Bern fernhielten und die Franzosen mit Gewalt ferngehalten wurden. Als alter inter-nationaler Sozialist bin ich Nationalist genug, um zu wünschen, daß Deutschland in diesem friedlichen Weltkampf am allerbesten ab-schneidet. Wenn unsere heutigen Gegner dann nach Deutschland kommen, um unsere Einrichtung zu studieren, wollen wir die, die kein gutes Haar an uns lassen, mit herzlichster Freude und stiller Genußnahme begrüßen, daß sie nun doch bei uns das Gute suchen. In diesem Sinne bin ich nicht nur Sozialpatriot, sondern sogar Sozial-Chamunist. (Weiterleitet und lebhafter Beifall.) Daß Deutsch-land der ganzen Welt in sozialem Fortschritt vorangehe, soll unser heißer Wunsch und unser unermüdeliches Streben sein. Aber das wird nicht genügen, um uns die Sympathie der Welt zurück-zugewinnen, ohne die wir nicht existieren können, die durch seine gewalttätige Eroberung erlegt werden kann. Wir wollen aufrecht stehen, daß die Sinnesart eines kleinen Teils unseres Volkes nicht ungeschuldig an dem Weltah ist, der uns umbrantet. Ich wiederhole: damit wird aufgeräumt werden. Deutschlands Politik nach dem Kriege muß so beschaffen sein, daß an ihrer Freiheitlichkeit, Rechtschaffenheit und Aufrichtigkeit nach innen und außen kein Zweifel möglich ist.

Was vor uns liegt, ist wahrhaftig nicht leicht. Parteifreien und schwere Entschlüsse stehen unserer Partei und dem ganzen Volke noch bevor. Wir mühten unter dem Berg der Leiden und Sorgen zusammenbrechen, hielte uns nicht aufrecht der Glaube an unsere große Idee und an die unerschöpfliche Kraft des schaffenden Volkes. In diesem Sinne sagen wir getrost: Großes haben wir erlebt, Großes steht uns noch bevor. Der Krieg, der uns in allen Tiefen erschüttert, ist doch schließlich nur weltgeschichtlicher Akt. Von Kriegen ist die Weltgeschichte voll, sie trieb von Blut, der Krieg ist das hergebrachte Aie, die ewige Wiederkehr des Gleichen, nur durch den Fortschritt der Technik ins Wahnsinnige gesteigert. Was wir wollen, wofür wir kämpfen, das ist das Große, Unerhörte, Neue. Die Erhebung der ganzen Menschheit auf eine höhere Kulturstufe der internationalen Völkergemeinschaft und des Sozialis-mus. So war der Krieg nur das Vorpiel einer viel gewaltigeren Begebenheit, einer

geistigen und sozialen Umwälzung.

wie die Welt sie noch nie erlebt hat. Der Krieg hat gezeigt, was das Volk kann, wenn es muß. Nach dem Kriege heißt es erst recht: Wir müssen kämpfen. Frieden heißt nicht, daß jeder Kampf aufhört, sondern nur, daß wir aufhören, wie Wesen zu rufen und anfangen, wie zivilisierte Menschen zu kämpfen. Nach dem Kriege wird es heißen: der Krieg ist tot, es lebe der Kampf, es lebe die Arbeit und der Kampf für ihr Recht. Marchieren wir, und wenn es sein muß, für unsern Kampf! (Stür-mischer, lang anhaltender, immer neu einsetzender Beifall.)

In der Debatte wird zunächst der Punkt Demokratie be-handelt.

Reichstagsabg. Peuß-Deffau: Es gab eine Zeit, in der man versucht sein konnte, zu sagen: Sozialismus und Demokratie kommen auch trotz der Sozialdemokratie. Aber nach dieser Rede öffnet sich das Tor zu begeisterter hoffnungsvoller Arbeit. Es liegt über diesem Parteitag ein neuer, besserer Geist, und daß manche, die diesem neuen Geist entgegen waren, nicht mehr unter uns sind, ist die Grundlage dazu. Demokratisierung heißt für uns Parlamentarisierung. Dazu braucht das Parlament eine dauernde regierungsfähige Mehrheit. Es hängt vom Volke ab, das besser zu machen, als in anderen parlamentarisch regierten Staaten. Wir allein werden kaum von morgen ab die Mehrheit sein, und wären wir es, so fehlte uns doch vielfach der nötige wirtschaftliche Rück-halt. Besser eine regierungsfähige Mehrheit gegen uns, als gar keine. Aber das Ziel muß sein, daß wir dabei sind. Das Regierungsprogramm kann natürlich nicht unser sozialistisches Programm sein, aber wir müssen möglichst viel von unserm Geist hineinbringen. Bisher hat es gefehlt an allen Parteien. Und wir müssen uns dahin wandeln, daß wir Mitglied einer Regierungsmehrheit werden können. Wenn wir vor taktischen Notwendigkeiten einen unserer Grundzüge zeitweilig zurückstellen, so geben wir deshalb doch nichts davon auf. Wir müssen uns mit Ehren Regierungsozialisten nennen, weil wir mit-regieren wollen. Wir wollen nicht bloß draußen lärmen, die Fenster einwerfen, wir müssen uns freimachen von jedem Dogma-tismus, um die Macht zu erobern und in unserem Sinne zu regieren. (Beifall.)

Abg. Stutzart begründet den Antrag, in packender Sprache ein Aktionsprogramm zu veröffentlichen. Die Parteileitung sei sich der großen Aufgaben für die Nachkriegszeit offenbar bewußt. In gleicher Richtung zielt der Stutzarter Antrag. Wir wollen

Seine Revision unserer Programms, das sich durchaus bewährt hat. Wir haben in aller Kürze und Klarheit zu unter- suchen und festzustellen, wie wir die furchtbaren Wirkungen des Krieges am schnellsten überwinden. Not und Elend werden dann noch viel entsetzlicher sein als heute. Da müssen wir den Mut- lofen einen Halt bieten und dem Volk den Weg aus dem Elend heraus zeigen.

Abgeordneter Bloß: Unser Antrag wird die

Schaffung eines Aktionsprogramms

übern, wie es schon in Erfurt gefordert wurde. Seit der Ent- scheidung der deutschen Sozialdemokratie haben wir vier große Partei- programme gehabt. Ein Parteiprogramm ist nicht unveränderlich, es muß den Verhältnissen angepaßt werden. Alle Partei- programme waren kurzlebiger als das jetzige, das mit seinen 23 Jahren das greisbarste von allen ist, die wir bis- her gehabt haben. (Sehr gut!) Es ist lange vor der Katastrophe geschaffen. Es sollen keine Grundzüge aufgegeben werden, aber dieser Weltkrieg ist ja der oft erwähnte große Abde- radationspunkt, die größte Revolution. Die Schwerpunkte haben sich verschoben, um Humboldts Kennzeichen einer Revolution einzu- führen. Sogar fünf Monarchen sind gestürzt worden. Ne- karger ein Programm, desto größer seine Verheerung, sagte Lassalle und hatte recht damit. Unser jetziges Programm ist eigentlich eine ökonomische Abhandlung mit wenigen politischen Sätzen und mit der marxistischen Scholastik daneben, die alles Nichtwichtigste auf den Index gesetzt hat. Wir müssen uns im Programm von der Marx-Scholastik freimachen, auch muß das Wächtergeiz und die Antientragwissenschaft verschwinden. Für ein neues Programm sind aber sorgfältigste Vorarbeiten nötig und dazu soll der Antrag Stuttgart dienen. (Beifall.)

Abg. Dr. Gradnauer: Wir täuschen uns nicht darüber, daß trotz der Kriegseindrücke und Ideen Demokratisierung und Parla- mentarisierung nur durch sehr schweren Kampf durchzusetzen sein werden. Die konservativen Kräfte wollen durch einen „Sieges- frieden“ den demokratischen Gedanken niederwerfen. Daß sich die heutigen Staatseinrichtungen nicht behaupten, die auswärtige Politik ebenso wenig wie die Ernährungsfrage, liegt vor aller Augen. Hinter all dem steht das große Problem der Ohnmacht des deutschen Volkes. Der Kampf um den Bundesrat und die Klassenparlamente der Einzelstaaten stehen im Vordergrund. Unser demokratisch-parlamentarisches System braucht nicht voll- ständig nach englischem Muster eingerichtet zu werden, aber daß die Volksvertretung regieren soll, darüber sind wir einig. Die Mitarbeit des Reichstags an der Papstantwort hat Herr v. Kuhlmann beispiellos hingestellt, er hat aber vergessen, daß ja im Westen die Regierung selbst ein Parlamentarismus ist. Mit der Schaffung einer regierungsfähigen Reichstagsmehrheit hat es doch seine Schwierigkeiten. Verantwortlichkeiten, die an uns herantreten, haben wir zu übernehmen, aber auf gebrechliche Kräfte zu treten, haben wir keine Eile. Kommt die Parlamentarisierung, so verliert der Bundesrat die Souveränität, daher der Widerstand Süd- deutschlands. Die Kernfrage ist das preussische Wahlrecht, da stehen uns die größten Schwierigkeiten bevor. Erziehungsarbeit haben wir am ganzen Volk zu leisten. Die Rückständigkeit unseres Schulwesens in geographischer und geschichtlicher Beziehung hat der Krieg gelehrt. Alles für das Volk, aber auch alles durch das Volk. (Beifall.)

Reese-Oldenburg: Durch unsere Erziehungsarbeit haben wir den Arbeitern Selbstbewußtsein beigebracht. Aber daß es daran noch viel fehlt, das ermöglicht allein den reaktionären Geist der Verwaltung und den Druck auf die Untergebenen zugunsten der Vaterlandspartei. Wenn der Krieg vor 100 Jahren so große Um- wälzungen gebracht hat wie die Aufhebung der Leibeigenschaft und die Städteordnung, so müssen diesem Krieg noch größere Fortschritte folgen. Das muß die Arbeiter mit Selbstbewußtsein erfüllen, sie sind fähiger als manche Bürgerliche, in die Verwaltung einzutreten. (Beifall.)

Bromme-Lübeck: Der Reichstag muß mitwirken bei der Ver- sorgung des Kanzlers. Die Krone muß den neuen Mann der Mehr- heit entnehmen. Sie müßte sich freilich bei jedem Kanzlerwechsel erst konstituieren, was aber recht interessant wäre. Mit Recht aber sagt Heilmann, daß der Kanzler nicht nur Politiker, sondern auch Organisator und Verwaltungsmann sein muß. So dürfte ein Kanzler nicht mehr entlassen werden wie Bethmann Hollweg. Der Bundesrat dürfte nicht mehr geheim sein und sollte mit einem Reichstagsausschuß zu- sammen tagen und beschließen. Die Einführung des allgemeinen Wahlrechts in den Bundesstaaten stößt auf große Wider- stände. In manchen Staaten ist noch gar nichts geschehen und in Mecklenburg wird sicher erst die Reichsgesetzgebung Wandel schaffen. Die Einbürgerung in den Bundesstaaten und die Aufnahme der Ausländer in die Reichszugehörigkeit, namentlich wenn sie in Deutschland geboren sind, muß erleichtert werden.

Donath-Bremen schließt sich Bloß in Bezug auf die Programm- revision an, doch sei es jetzt mitten in der Woche zur Einsetzung der Kommission noch zu früh. Der Demokratisierung muß die Parlamentarisierung vorausgehen. Heilmanns Artikel in der „Glocke“ gegen die Parlamentarisierung war eine unverant- wortliche Taktlosigkeit, die unsere vorwärtige Arbeit lähmt. Freilich bei den Bürgerlichen hat Heilmann Anknüpfung gefunden. Gerade die bremischen Freisinnigen sind gegen das allgemeine Wahlrecht, weil das Bremer Parlament auch ver- mählt und die Arbeiter dann Einspruch hätten. Die Wahl- rechtsdeputation arbeitet hinter verschlossenen Türen. Die Reichs- tagsfraktion muß auf das allgemeine Wahlrecht in allen Bun- desstaaten hinwirken.

Abg. Heinrich Schulz (Zentralbildungsausschuß): Eine Demo- kratie ist mit Aussicht auf Erfolg nur möglich, wenn die Men- schen wissen, was sie wollen. Eine der wichtigsten näch- sten Aufgaben der Partei ist es, die Massen für den Sozialismus zu schulen. Planmäßige Bildungsarbeit ist nach dem Kriege nötiger als zuvor und sie wird in mannigfacher Beziehung derin durch die Kriegserfahrungen. Vorausgehen muß ihr eine solide Jugendbewegung. Auch sie hat aus den Kriegser- fahrungen sehr viel gelernt. Vor allem muß die Jugend- erziehung viel mehr als früher eine Sache der Erziehung und nicht der Politik sein. Die Erziehung kann aber nicht erst mit dem 14. Jahre beginnen. Bisher war die Schule sozialistenfeindlich und das Arbeiterhaus leider zur Erziehung wenig geeignet. In Zu- kunft wollen wir natürlich die Kinder nicht zu Sozialisten machen, aber sie müssen frühzeitig in die Gedankenwelt des Sozial- ismus als künftigen Gestalter des Staates hineingeführt werden. Hierin hat sich durch den Krieg manches zum Guten geändert. Ohne Mutter im Hause keine häusliche Erziehung. Darum muß die Frauenarbeit nach dem Kriege von der Gesellschaft aus verringert werden; dieser erwachsen somit gewaltige Aufgaben der sozialen Fürsorge.

Abg. Landberg (Schlußwort): Mein Referat ist von keiner Seite angefochten. Wir sind uns über die Frage der Demokrati- sierung einig und darüber, daß davon nicht zu reden, sondern daß sie zu verwirklichen ist. Der Parteivorstand ist gewillt, die beantragte Kommission zur Ausarbeitung eines Aktions- programms einzusetzen.

Ich glaube nicht, daß die Genugtuung des Ge- nossen Peus über die Abwesenheit von Männern teilen, die jahrzehntlang mit uns gekämpft haben. Das beweist der Be- schluß, in dem Sie Ihrer Sehnsucht nach Eingeleit der deutschen Arbeiterklasse Ausdruck gegeben haben. Ein gewaltiger Organismus ist für desto mehr Anschauungen hat er Platz. Uns ist jeder willkommen, dessen Herz von Seh- nsucht nach einem freien Deutschland, nach einer Gesellschaft ohne Elend und Unwissenheit, nach einem Bund aller Völker erfüllt ist. (Sehr gut!) Wir erwarten den Sieg des Sozialismus und des Gedankens der Internationale nicht von dem Wohlwollen guter Menschen. Das politisch befreite Volk wird in friedlichem Ringen die sozialistischen

Ideale der Vergesellschaftlichung der Produktionsmittel und der Verbrüderung der Völker verwirklichen. Im Kampf um die poli- tische Befreiung werden wir die Hilfe feines Bundes- genossen verschmähen, aber mit kleinen Jugendsünden, die am Besen des Obrigkeitstaates nichts ändern, lassen wir uns nicht abfinden. (Sehr richtig!) Die Wahlrechtsbotchaft des Königs von Preußen geht zu, daß das Deutschland nach dem Kriege auf dem Selbstbestimmungsrecht des deutschen Volkes beruhen müsse. Aber sie garantiert dieses Recht nicht. Es wird erkämpft werden müssen, und dieser Kampf, der mit einem Siege enden muß, wird seinen Wert erhöhen. Fällt das preussische Dreiklassen- haus, so kann es in keinem deutschen Bundesstaat noch ein reaktionäres Wahlrecht geben. Ist Preußen für die Demokratie erobert, so gibt es keinen Schlupfwinkel für die Reaktion in Deutsch- land mehr. Unter dem Selbstbestimmungsrecht werden die großen Kulturaufgaben gelöst werden, die heute durch die Wahlrechtsfrage zurückgeblieben sind. Der Aufstieg des deutschen Volkes zur Kultur hat zur Voraussetzung die Befestigung des Dreiklassenwahlrechts. Wir wollen den größtmöglichen Erfolg mit Einsetzung der gering- sten Kraft erreichen, aber wir sind gewillt, alle Kräfte aufzubieten, die nötig sind, um uns politisch zu befreien. Durch Annahme der Revolution Löbe haben wir die herrschenden Klassen auf die Ver- antwortung hingewiesen, mit der sie sich belassen, wenn sie ihren freiheitlichen Versprechungen nicht die Tat folgen lassen. Die Geschichte fragt nur danach, ob die Notwendigkeiten der Zeit erfüllt worden sind, nicht danach, mit welchen Mitteln sie er- füllt worden sind. Den Massen des deutschen Volkes rufen wir zu: Seid einig, denn Einigkeit wird Eure Kraft vervielfachen, und seid begeistert, denn Ihr braucht Begeisterung, um große Dinge vollbringen zu können. (Lebhafter anhaltender Beifall.)

Damit ist der Punkt Demokratisierung erledigt. Die Debatte wird beim Referat „Finanzfragen“ auf Freitag vormittag verlagert.

Die Verpflegung des Heeres.

D. Stücklen, R. d. N.

Die dem Soldaten im Felde zustehenden Rationen sind in der Kriegsverpflegungsverordnung niedergelegt, die einen Unterschied zwischen Mann und Offizier nicht kennt. Die dort vorgesehenen Rationen sind reichlich bemessen, so daß in den ersten Monaten des Krieges über das Ausmaß an Lebensmitteln nicht geklagt wurde, höchstens über die Art der Zubereitung, die vielfach nicht gerade in den geliebtesten Händen lag. Es ist auch gar nicht zu bestreiten, und im Reichstag ist es auch von sozialdemokratischer Seite offen anerkannt worden, daß die Heeresverwaltung immer von dem Bestreben geleitet war, nur Lebensmittel von tadelloser Beschaffenheit zu liefern. Sie konnte das, weil sie an bestimmte Preise nicht gebunden war. Sie mühte es aber auch tun, weil der Zustand der Truppenverpflegung im engsten Zusammenhang mit der Schlaffertigkeit und Widerstandskraft des Heeres steht. Leider konnten sich die reichlich bemessenen Rationen der Kriegsverpflegungs- vorchrift bei der langen Dauer des Krieges nicht aufrechterhalten lassen. Wohl am schwersten empfunden wurde die bei den Truppen in der Heimat vorgenommene Herabsetzung der Brotration von 750 Gramm auf 500 Gramm täglich. Mit dem Brotgeld von 5 Pf. für die fehlenden 250 Gramm war den Soldaten nicht gebient, erstens konnten sie sich mangels Brotarten Brot nicht kaufen und zweitens standen die 5 Pf. Entschädigung in keinem Verhältnis zu den erheb- lich gestiegenen Brotpreisen.

Dazu kam noch, daß der Mangel an Lebensmitteln natür- lich auch an der Armees nicht spurlos vorübergehen konnte, wenn auch zum Beispiel Kolonialwaren in umfangreicherem Maße für die Truppen mit Beschlag belegt worden sind. In der Truppenverpflegung mußte eine „Umstellung“ eintreten, die man selbst beim besten Willen nicht als eine Verbesserung bezeichnen kann. An die Stelle von Nahrungsmitteln, die nicht mehr oder nur in ungenügender Menge beschafft werden konnten, mußten andere treten; Fleisch wurde vielfach durch Fische, Kartoffeln durch Dör- rgemüse usw. ersetzt. Diese „Umstellung“ hat dazu geführt, daß die Kriegsverpflegungsverordnung in ihrer ursprünglichen Fassung heute fast in keinem Punkt mehr zutrifft. Die Folge ist, daß die Soldaten heute vielfach nicht wissen, was ihnen an Rationen zusteht, denn für den einzelnen Mann ist es natürlich eine Unmöglichkeit, die zahllosen Abänderungen der Verpflegungsverordnungen übersehen zu können.

Nachstehend lasse ich deshalb eine absolut authentische Zu- sammenfassung der Tagesätze folgen, die den mobilen For- mationen jetzt zustehen:

Brot: 600 Gramm. — Truppen im Gebirge über 1000 Meter hoch bis 1000 Gramm Brot, Truppen vorderster Linie, sonst an- gestrengte Truppen und Jugendliche bis 750 Gramm, Fleisch: frisch, gefalzen, gefroren, durchschnittlich 250 Gramm oder Fleischkonserven 150 Gramm oder Salzfleisch, Rauchfleisch, Marinade 250 Gramm oder geköpfte Heringe 200 Gramm oder Hühnerfleisch 600 Gramm oder frische Seezische 400 Gramm oder Salzische 300 Gramm oder Klippfische 200 Gramm Weizenmehlzufluß bis 20 Gramm Semmel: Reis, Graupen, Orzje, Grieß, Nudeln 125 Gramm oder Hülsenfrüchte 250 Gramm oder Dörrengemüse 80 Gramm oder Gemüsekonserven 150 Gramm oder Kartoffeln 300 Gramm oder Kartoffelflocken 50 Gramm oder Dörrokartoffeln 60 Gramm oder Rubeln 200 Gramm oder Speiserüben 1200 Gramm oder frischer Kohl, frische Gurken, Salz- oder Essiggurken 1200 Gramm Sauerkohl 450 Gramm oder Paprika 125 Gramm oder Spinat, gefalzen (in Pfannen), oder Salat, oder Rot-, Wirsing, Blumenkohl in Salz, oder Karotten in Salz 400 Gramm oder Schnittbohnen (in Pfannen) 250 Gramm oder Nüchtemilch 600 Gramm Salz: 25 Gramm. Kaffee: gebrannt 10 Gramm und Zichorie 6 Gramm. Tee: 2 Gramm. Zucker: 17 Gramm. Kalao nebst 25 Gramm Zucker 15 Gramm Fett: Butter 55 Gramm 65 Gramm oder Salmis, fettes Schweine- fleisch in Wäpfen 55 65 80 Gramm Marmelade oder Obstmarmelade: 125 Gramm. Mettwurst, Blut- und Leberwurst 125 Gramm. Käse: im Monat auf den Kopf 200 Gramm. Gewürze: 25 Gramm frische Zwiebeln oder 2 1/2 Gramm Dör- (trockene) Zwiebeln oder 0,4 Gramm Pfeffer oder 0,1 Gramm Paprika

oder 2,0 Gramm Kümmel oder 0,1 Gramm Keilblüte oder 0,05 Gramm Vorbeerblätter oder 0,2 Gramm Majoran oder 0,05 Liter Essig oder 0,05 Liter Speiseöl oder 3,0 Gramm gemahlener Jint oder 2,5 Gramm Senf (Nostrod). Bei Verausgabung von Trocken- (Klapp-) und Salzischen wird neben der sonstigen Gewürz- portion eine besondere Senfportion in obiger Höhe verabsolgt. Tabak: 2 Zigarren und 2 Zigaretten oder 20 Gramm Rauchtabak oder 25 Gramm Sautabak oder 5 Gramm Schnupftabak

Dazu ist zu bemerken: Fleisch gibt es nur an sechs Tagen in der Woche. Für den siebenten, also fleischlosen Tag, kann an jedem Tage der Woche ein Weizenmehlzufluß bis zu 20 Gramm gegeben werden. Truppen vorderster Linie können 300 Gramm für den Kopf und Tag erhalten. Dafür bekommen dann die übrigen aber entsprechend weniger. Die Tagesätze an Gemüse können zur Hälfte oder zu einem Drittel auch aus Kartoffeln bestehen. So lange die Kartoffelernte von 1500 Gramm pro Tag nicht geliefert werden kann, darf für jede 100 Gramm fehlender Kartoffeln 80 Gramm Gemüse gegeben werden. Kaffee gibt es nur an sechs Tagen in der Woche, am siebenten Tag werden andere Getränke gegeben, in der Regel Tee. Die Kaffeeportion besteht pro Mann und Tag aus 5 Gramm Bohnen und 5 Gramm Malz- oder Weizenkaffee. Fehlen diese Zuläge, dann sind insgesamt 10 Gramm Bohnenkaffee zu geben. Kalao dagegen wird nur nach ärztlicher Verordnung ver- abreicht. Die Verlozung mit Fett hängt natürlich ganz vom Nach- schub ab, jedoch unter Umständen nur an drei Tagen Butter, dafür dann an zehn Tagen Wurstkonerven oder statt Schmalz Marmelade gegeben werden kann.

Schwieriger liegt es mit der Verpflegung der Truppen in der Heimat. Für die Verpflegung dieses Teiles der Armee sind keine bestimmten Portionsmengen festgesetzt; es ist nur vorge- schrieben, eine gute und ausreichende Kost zu gewähren. Die Truppenteile erhalten Pauscheträge, die sich zurzeit je nach den Preisverhältnissen etwa zwischen 95 Pf. und 1,05 M. für den Kopf und Tag bewegen. In der Festlegung des Speisezettels und der Vermessung der Verpflegungsätze haben die Truppenteile nach Maßgabe der verfügbaren Geldmittel im allgemeinen freie Hand. Nur hinsichtlich der rationierten Verpflegungsmittel ist der Verbrauch an Höchstmengen gebunden, die für Fleisch 600 Gramm und für Fett aller Art 80 Gramm wöchentlich betragen. Außerdem werden an Brot täglich 500 Gramm geliefert, die natürlich auf die oben erwähnten Pauscheträge nicht angerechnet werden. (z)

Soziales.

Arbeitszwang für Kriegerfrauen.

In Bonn wurden einer Reihe von Kriegerfrauen die nach- stehenden Schreiben zugestellt. Soweit wir in Erfahrung bringen konnten, handelt es sich nur um Frauen, die Unterstützung beziehen. Wir verzichten darauf, ein Wort der Kritik anzufügen. Dies würde die Wirkung der Schreiben nur abschwächen.

Die Ortspolizeibehörde. Der Oberbürgermeister. Bonn, den 29. September 1917. Altenscheider A. 4/85.

Unter Bezugnahme auf die umseitige Verordnung des Gouverneurs der Festung Köln und unter Hinweis auf die Straf- bestimmungen in § 5 dieser Verordnung werden Sie hiermit be- nachrichtigt, daß Sie bei eintretenden Be- und Entladungsschwierig- keiten von Eisenbahnwagen zur Arbeitshilfe herangezogen werden sollen.

K. V. Dr. v. Garben. An Frau Alfred Gesser, Bonn. Stellvertretendes Generalkommando des 8. Armeekorps. Abt. V. W. Nr. 5703. Koblenz, den 7. 8. 1917.

Verordnung über Arbeitshilfe bei Entladungsschwierigkeiten. Auf Grund des § 9 b des Gesetzes vom 4. Juni 1851 in Ver- bindung mit dem Reichsgesetz vom 11. 12. 1915 wird für den Bereich des 8. Armeekorps angeordnet:

§ 1. Jede männliche und weibliche Person ist verpflichtet, auf Aufforderung der zuständigen Behörde im Bezirk ihrer Wohn- oder Nachbargemeinde gegen den jeweils am Orte üblichen Lohn ihren Kräften und Fähigkeiten entsprechend Arbeiten zu über- nehmen, welche zur Vermeidung von Verzögerungen bei der Be- und Entladung von Eisenbahnwagen und zur Beschleunigung des Wagenumlaufs notwendig werden.

§ 2. Die Aufforderungen erfolgen durch die Ortspolizeibe- hörde. Sie dürfen nur ergehen, wenn sie unbedingt erforderlich sind, um die rechtzeitige Durchführung der in § 1 aufgeführten Arbeiten sicherzustellen. Unter dieser Voraussetzung ist eine Heranziehung auch an Sonn- und Feiertagen zulässig.

§ 3. Zeugnisse von Arbeits- oder anderen beamteten Veraten befreien, soweit sie die Unfähigkeit zu der aufgetragenen Arbeit bescheinigen, ohne weiteres von der Verpflichtung zur Arbeitshilfe.

§ 4. Gegen die Heranziehung zur Arbeit und gegen die Fest- setzung der Entlohnung steht die Beschwerde an den Landrat bzw. in Städten an den Regierungspräsidenten offen. Die Beschwerde hat keine aufschiebende Wirkung. Die Entscheidung der Aufsichts- behörde ist endgültig.

§ 5. Wer einer auf Grund des § 1 erlassenen Aufforderung ohne ausreichenden Grund nicht nachkommt, wird mit Gefängnis bis zu einem Jahr, beim Vorliegen mildernder Umstände mit Haft oder Geldstrafe bis zu 1500 Mark bestraft.

§ 6. Die Verordnung tritt am Tage der Verkündung in Kraft. Der Kommandierende General: v. Bloß, General der Infanterie.

Gouvernement. IV a 21424. Vorstehende Verordnung wird auf den Festungsbereich aus- gedehnt. Köln, den 14. August 1917.

Der Gouverneur der Festung Köln. v. Postow, Generalleutnant.

Hilfsdienst und Handwerk.

Das Hilfsdienstgesetz schafft doch recht eigenartige Situationen. Da sind z. B. in Spandau auch familiäre nicht über 60 Jahre alten Schuhmachermeister für Hilfsdienstpflichtig erklärt worden. Natürlich ist die Zahl der über 60 Jahre alten Meister sehr gering, und diese würden nicht in der Lage sein, die Arbeiten zu bewältigen, da in Spandau jetzt fast 100 000 Arbeiter beschäftigt sind. Dies hat denn auch Veranlassung dazu gegeben, einer Reihe der jüngeren Schuhmacher bis zum 1. September Frist zu geben. Trotzdem sind von den etwa 100 selbständigen Schuhmachern schon gegen 50 im Hilfsdienst beschäftigt. Die Folge ist, daß die Spandauer zum großen Teil ihre Schuhe nicht repariert bekommen. Schon hat sich das königliche Feuerwerkslaboratorium an die Schuhmacher- einnung gewandt, die ihr Schuhmacher nachweisen soll, die die Schuhe für das Personal instand setzen können. Natürlich wird das noch schlimmer werden, wenn die Jahreszeit ungünstiger wird und trotzdem damit fortgefahren wird, selbständige Schuhmacher einzuziehen. Vielleicht werden dann auf den einzelnen Werken Sachkundige im Hilfsdienst mit Schuhmacherarbeiten beschäftigt. Das wäre allerdings ein schnurriger Ausgleich.

Groß-Berlin

Ein „Zentner“ Preßkohlen.

Bei der für diesen Winter angeordneten Regelung des Kohlenverbrauchs sind die den Verbrauchern zu gewährenden Kohlenmengen nach dem Gewicht festgesetzt worden. Die erste Zuteilung von Kohlen beträgt z. B. für eine Wohnung von einem Zimmer und Küche 10 Zentner, für eine Wohnung von zwei Zimmern und Küche 15 Zentner und so weiter. Da aber der Kohlenhandel die Preßkohlen nicht nach Gewicht verkauft, so wird die auf den Zentner entfallende Menge mit 110 Stück angenommen. Diese Bemessung scheint von der Voraussetzung auszugehen — die durchaus falsch ist —, daß alle Sorten Preßkohlen gleich schwer seien. Wer sich die geringe Mäße machen will, das Gewicht der verschiedenen Sorten zu ermitteln, kann da sehr erhebliche Unterschiede finden. Ein Lefer unseres Blattes hat uns zwei Sorten Preßkohlen vorgelegt mit der Versicherung, daß ihm von jeder Sorte 55 Stück als 1/2 Zentner verkauft worden seien. Durch Wägen haben wir festgestellt, daß von der einen Sorte das Stück durchschnittlich 428 Gramm, von der anderen das Stück gar nur durchschnittlich 388 Gramm wog. Bei 110 Stück erhält man von der einen Sorte 47080 Gramm, etwas über 94 Pfund, von der anderen Sorte nur 42190 Gramm, rund 84 1/2 Pfund. Man verliert also Zentner (gleich 50000 Gramm) in dem ersten Fall 2920 Gramm, ziemlich 6 Pfund, in dem zweiten Fall 7870 Gramm, rund 15 1/2 Pfund. Wer für zwei Zimmer und Küche 15 Zentner Kohlen zu beanspruchen hat und auf den Zentner immer nur 110 Stück solcher Preßkohlen erhält, verliert in dem ersten Fall 43800 Gramm, über 87 1/2 Pfund, in dem zweiten Fall 118030 Gr., über 236 Pfund. Abgesehen davon, daß er mit der leichteren Preßkohle wahrscheinlich auch bei der Preisbemessung schlechter wegkommt, büßt er einen beträchtlichen Teil der ihm zuzurechnenden, ohnedies sehr knappen Kohlenmenge ein. Erhalten müßte er auf den Zentner statt 110 Stück von der Kohle zu 428 Gramm mindestens 116 Stück, von der Kohle zu 388 Gramm mindestens 130 Stück, mithin auf 15 Zentner statt 1650 Stück in dem einen Fall mindestens 1740, in dem andern Fall mindestens 1950 Stück. Die Bemessung des „Zentners“ mit 110 Stück ohne Rücksicht auf das Gewicht ist zwar nicht bei allen Kohlenhändlern, aber bei vielen üblich sein.

Es ist dringend nötig, daß mit entsprechenden Anordnungen gegen diese schwere Schädigung der Verbraucher eingegriffen wird. Entweder muß den Kleinhändlern je nach der Sorte Preßkohlen, die sie verkaufen, die Stückzahl pro Zentner genau vorgeschrieben werden oder die Händlern müssen angehalten werden, nur Preßkohlen von bestimmtem Gewicht — 110 Stück auf einen Zentner — herzustellen.

Die Kohlenversorgung der Gewerbetreibenden.

Der Kohlenverband Groß-Berlin erläßt folgende Bestimmungen:
§ 1. Die im Abschnitt D der Verordnung des Oberkommandos in den Marken vom 6. Juli 1917 getroffenen Bestimmungen für gewerbliche Betriebe mit einem Durchschnittsmonatsverbrauch von höchstens 10 Tonnen werden aufgehoben.
§ 2. Zu Zwecken gewerblicher Arbeit in Mähdreien, Schlägereien, Gashilfsanlagen, Gashöfen, Badeanstalten und ähnlichen Betrieben, soweit sie dem täglichen Bedarf der in der Gemeinde wohnenden und sich vorübergehend aufhaltenden Bevölkerung dienen, und sonstigen Gewerbetrieben, deren Verbrauch monatlich weniger als 10 Tonnen (200 Zentner) beträgt, dürfen Kohlen nach dem 1. November 1917 nur gegen Gewerbesteuerentnahme werden. Für die Beheizung von Werkstätten, Lagerräumen, Büros und sonstigen Arbeitsräumen verbleibt es bei den Bestimmungen der Verordnung vom 6. Juli 1917. Für Ofenbeheizung dürfen demnach Kohlen nur gegen Kohlenkarte oder Sonderkarte abgegeben oder entnommen werden.
§ 3. Die Gewerbesteuerkarten werden von der Kohlenstelle Groß-Berlin, Berlin W. 9, Einfuhr 25, ausgehändelt. Die Ausgabe der Gewerbesteuerkarten erfolgt durch die belanzgebenden Reichsteuern wochentags in der Zeit vom 26. bis 31. Oktober.
§ 4. Die Gewerbesteuerkarten sind nicht übertragbar. Abgabe der Kohlen an dritte ist nur mit schriftlicher Genehmigung der Kohlenstelle Groß-Berlin zulässig.
§ 5. Die Gewerbesteuerkarten sind mit monatlichen Abschritten versehen. Die Abschritte dürfen vor dem Zeitpunkt, für den sie gelten, nicht eingelöst werden. Bei der Lieferung der entsprechenden Mengen Kohlen sind sie von dem Kohlenhändler abzutrennen. Abgetrennte Abschritte sind unzulässig.
§ 6. Der Kohlenhändler hat abmonatlich, und zwar spätestens bis zum 15. jeden Monats, die abgetrennten Abschritte geordnet und gebündelt der zuständigen Wohnortgemeinde postgeliefert einzureichen.
§ 7. Verbraucher der in § 2 bezeichneten Art, die Kohlen in den Geltungsbereich dieser Verordnung selbst einführen, haben dies vor dem Eintreffen der Kohlenstelle Groß-Berlin unter Angabe der Menge und Art sowie des Anfahrts-Wahnhofes oder Hafens telegraphisch anzuzeigen.
§ 8. Kohlen im Sinne dieser Verordnung sind Steinkohlen jeder Art, Braunkohlen jeder Art, Peletts jeder Art, sowie Koks jeder Art und Anthrazit. 1 Zentner Peletts gilt = 110 Ganzsteine, 1 Zentner Koks gilt = 1 Heholter Koks.

Zu widerstandlungen werden mit Gefängnis bis zu einem Jahre und mit Geldstrafe bis zu 10000 M. und mit einer dieser Strafen bestraft. Auch kann auf Einziehung der Brennstoffmengen erkannt werden, auf die sich die Widerstandlung bezieht, ohne Unterschied, ob sie dem Täter geschah oder nicht.

§ 10. Diese Verordnung tritt mit dem Tage der Veröffentlichung in Kraft.

Ueber die Freigabe von Abschritten der Sonderkarte wird folgendes bestimmt:

§ 1. Vom 25. Oktober 1917 dürfen gegen Vorlegung der Sonderkarte Kohlen auf die Abschritte 1 bis 4 je 2 Zentner abgegeben und entnommen werden. Die Kohlenhändler haben eine der gelieferten Menge entsprechende Zahl von Abschritten der Sonderkarte abzutrennen. Die Abgabe von Kohlen auf abgetrennte Abschritte ist unzulässig.
§ 2. Zu widerstandlungen werden mit den im obenstehenden § 8 angegebenen Strafen geahndet.

Heizung aller Berliner Gemeindeschulen.

Um die Möglichkeit zu geben, die großen Läden, die durch den Landaufenthalt in dem Winter vieler Kinder entstanden sind, auszulassen und aus diesem Grunde eine übermäßige Heizung des Unterrichts zu vermeiden, hat der Magistrat von Berlin beschlossen, sämtliche Gemeindeschulhäuser in diesem Winter heizen zu lassen. Diejenigen Schulen, deren Unterrichtsräume durch Militär immer noch belegt sind, erhalten in den Nachbarschulen ihren Unterricht. In diesen Räumen, die also doppelt belegt sind, hat jede Schule dreimal in der Woche von 8-1 und dreimal von 2-6 Uhr Unterricht. In allen übrigen Schulen beginnt der Unterricht wie bisher um 8 bzw. 9 Uhr, doch soll im Dezember und Januar der Unterrichtsbeginn der Gadesparnis wegen, auf 1/9 Uhr verlegt werden und dafür eine halbe Stunde länger dauern. Wie im vorigen Winter werden in einer großen Anzahl von Gemeindeschulen die Kinder Gelegenheit haben, nachmittags ihre Schularbeiten unter Aufsicht eines Lehrers zu fertigen.

Verringerung der Butterration?

Das Nachrichtenamt des Magistrats schreibt: In mehreren Tageszeitungen sind Mitteilungen enthalten, daß in der nächsten Zeit Veränderungen in der an die Groß-Berliner Bevölkerung zur Verteilung kommenden Butterportion eintreten würden; eine Mitteilung ging auch dahin, daß abwechselnd nur Butter oder nur Margarine verteilt, und daß als Ersatz für Butter 210 Gramm Marmelade wöchentlich ausgegeben werden sollen. Der festliche Groß-Berlin ist über solche Absichten der staatlichen Stellen bisher

keine Nachricht zugegangen. Auf eine gelegentliche Andeutung hin, daß möglicherweise die Butterüberweisungen vom November ab vergrößert werden würden, so daß sich das bisherige Verhältnis der Butter zur Margarineportion umkehren würde, hat die festliche Groß-Berlin bei der zuständigen Stelle Einspruch erhoben und insbesondere unter Hinweis auf die überaus starke Beschränkung, der die Bevölkerung bei der Milch unterworfen werden mußte, dringend gebeten, von einer Vergrößerung auch noch der Butterration abzusehen.

Soweit die Mitteilung des Magistrats. Wir erwarten, daß eine Herabsetzung der Butterration erst dann vorgenommen wird, wenn die heute noch in großen Mengen im freien Handel vertriebene Butter vom Landesfettamt erfasst worden ist. Aus den Kreisen der Pamitionsarbeiter gehen uns immer noch bewegliche Klagen zu, wonach in den Betrieben Butter mit 8 M., 9 M. und weit darüber gehandelt wird. Im Privathandel werden natürlich heute schon bedeutend höhere Preise, zwischen 15-18 M. gefordert.

Fleischnachlieferung.

Die Nachlieferung des Fleisches auf die nicht eingelösten Fleischmarken der Woche vom 17.-23. September wird Ende kommender Woche erfolgen. Um eine genaue Kontrolle über die nachträglich auszugebenden Fleischmengen zu haben, hat das Landesfleischamt für die Nachlieferung ein Voranmeldebestimm angeordnet. Die Anbieter solcher nicht eingelösten Fleischmarken müssen ihre Marken zunächst, und zwar spätestens bis Montag, den 22. Oktober, bei ihrem Schlächter gegen eine vorgeschriebene Empfangsbescheinigung abgeben und erhalten dann in der Zeit vom 25.-28. Oktober gegen Rückgabe dieser Empfangsbescheinigung die ihnen noch zustehende Fleischmenge. Außerdem steht ihnen die laufende Wochenmenge zu, die sie aber nicht gleichzeitig mit dem nachzuliefernden Fleisch zu kaufen brauchen.

Neue Kaffeeerstattungen.

Zusammen mit den verschiedenen Lebensmittelarten, die im Verlauf der nächsten Tage der Groß-Berliner Bevölkerung wieder ausgeben werden, werden diesmal auch die neuen Kaffeeerstattungen verteilt. Die Anmeldefrist für den Bezug von Kaffeeerstattungen wird am 22. d. M., in einzelnen Gemeinden einige Tage später beginnen und bis zum 31. Oktober laufen. Die neue Kaffeeerstattungen wird sich von der alten in mehrfacher Beziehung unterscheiden, insbesondere dadurch, daß sie nur für eine einmalige Verteilung in Frage kommen und demzufolge nur ein Doppelfeld (mit Bestell- und Empfangsabschnitt) aufweisen wird.

Berliner Lebensmittel.

Auf Abschnitt Nr. 116 der Lebensmittelkarte entfallen 100 Gramm Weizenmehl, auf Abschnitt Nr. 117 250 Gramm lose Suppen. An deren Stelle treten gegebenenfalls 250 Gramm Mergentank oder eine Rolle Erbsensuppe oder 4 Suppentafeln. Die Abschnitte sind in der Zeit vom Freitag, den 19. Oktober bis einschließlich Sonntag, den 21. Oktober, in den durch besondere Verkaufsführer gekennzeichneten Kleinhandelsgeschäften gegen Empfangsbescheinigung abzuholen. Die Ware wird dann nach Ablauf der üblichen Frist zur Verfügung stehen.

Keine geringere Getreideausmahlung.

Das Kriegsernährungsamt teilt mit: Auf Grund eingehender Erwägungen muß von einer Herabsetzung des zur Zeit gültigen Ausmahlungsmaßes von 94 Proz. abgesehen werden. Dieser Ausmahlungsmaß gilt für alles Brotgetreide, das die Reichsgetreidestelle oder ein selbstwirtschaftender Kommunalverband einer Mühle zum Ausmahlen übergibt. Er gilt ferner auch für alles Brotgetreide (Voggen, Weizen), welches landwirtschaftliche Unternehmer ausmahlen lassen. Von der Befugnis, Ausnahmen für Selbstversorger-Mühlen zuzulassen, wird von dem Direktorium der Reichsgetreidestelle regelmäßig kein Gebrauch gemacht.

Vorstandssitzung des Preussischen Städtetages.

Die Beratungen des Preussischen Städtetages, die gestern im Berliner Rathaus unter Vorsitz von Oberbürgermeister Bernuth und teilweiser von Stadtdirektor Tramm stattfanden, bezogen sich in der Hauptsache auf Fragen der Verwaltungsreform. Hinsichtlich des Wohnungsgesetzes wurde die Veröffentlichung eines umfangreichen Entwurfs beschlossen, das auf Anfordern des Vorstandes durch Stadtdirektor Sembrich, Charlottenburg, erarbeitet worden ist. Die im vorigen Juni dem Kultusministerium vorgelegte Denkschrift über die Handhabung der staatlichen Schulverwaltung gegenüber den Städten soll ebenfalls veröffentlicht werden. Weiter wurden hinsichtlich des Verhältnisses der Städte zum Zentral-Viehhandelsverband eine Reihe von Verfassungen gefaßt. Endlich standen mehrere Kandidatenscheidungen von staatlichen Beamten zur Erledigung. Zum ersten stellvertretenden Vorsitzenden an Stelle des als Staatssekretär des Innern in den Reichsdienst berufenen Oberbürgermeisters Wallraf wurde Stadtdirektor Tramm-Honnober und zum zweiten Stellvertreter Oberbürgermeister Dr. Köthe-Königsberg gewählt. Dinsgewählt in den Vorstand wurden die Oberbürgermeister Wenaauer-Köln und v. Brughhausen-Trier.

Wegen die ungeheure Reiseverteilung durch die von den deutschen Eisenbahnverwaltungen eingeführten Zuschläge für D- und Eizüge hat der Pania-Bund in einer Eingabe an die in Frage kommenden Behörden Stellung genommen.

Die Zustände im Elisabeth-Heim, Streiter Str. 43, geben den Anlaß — zum größten Teil Pamitionsarbeiterinnen — zu mannigfachen Beschwerden. Man klagt über die Unsauberkeit, die im ganzen Hause, besonders aber in den Toiletten herrscht, und man ist vor allem entrüstet über die mangelhafte Heizung. Obgleich die „Heimchen“ in der Zeit vom 1. Oktober bis 31. März monatlich eine Mark extra für Licht und Heizung zahlen müssen, ist in den bitterkalten Tagen dieses Herbstes trotz wiederholter an die Vorsteherin gerichteter Bitten der frierenden Anwohner nicht ein einziges Mal gehandelt worden — außer in dem Bureau, in dem sich die Vorsteherin selbst mit ihren Gehilfen aufhält. — Wir hoffen, daß dieser öffentliche Hinweis genügen wird, um eine schleunige und gründliche Abstellung der Mißstände herbeizuführen.

„Der Kriegsinvalide im vierten Kriegsjahr.“ In unserer Notiz in Nr. 238 teilt uns der Inhaber des Restaurants Jelt 3-4 (Unter den Zelten) mit, daß er durch Zufall erst jetzt von dem Vorfalle Kenntnis erhalten hat. Er bedauert die unerhörte Regel, die sich einer seiner Berliner gegenüber dem Kriegsinvaliden erlaubt hat und die ihm um so unbegreiflicher ist, als er es seinem Angestellten stets zur Pflicht gemacht hat, namentlich die das Lokal besuchenden Verwundeten aufmerksam und rücksichtsvoll zu behandeln.

Birkus Schumann. Mit der neuen Pantomime „Mexiko“ hat die Direktion einen glücklichen Griff gemacht, so daß sie für lange Zeit der Sorge um eine zugkräftige Pantomime enthoben ist. Eine Reihe farbenprächtiger Bilder, denen es auch nicht an einem Zusammenhang mangelt, zieht am Auge des Zuschauers vorüber. Besonders der letzte Akt, der ein geheimnisvolles Chinesisches Tempelfest in San Francisco zeigt, fand mit seiner Kostümpflicht und seinen musikalischen Längen den lebhaftesten Beifall. — Auch die im Spezialitätenkeller auftretenden Kräfte boten durchweg Vorzügliches. Besonders genannt seien die drei Reinkies mit ihrem waghalsigen Produktionen auf haushohem Mast und die Reiterfamilie Franconi, deren sieben Mitglieder sich als gute Springer und Reiter erwiesen.

Birkus Busch. Die drei neuen Nummern, die am Mittwoch erstmalig auftraten, bilden eine gelungene Bereicherung des Oktober-Programms. Die Herren Alex und Hermann als Hand- und Kopfstandkünstler arbeiten mit Kraft und Sicherheit, sehr eigenartig und

reizvoll ist die weiße Dame mit ihrem neuartigen Kombinations-Kostüm. Den bereits des öfteren gezeigten Entfesselungskünsten hat Rolando eine neue Seite hinzugefügt: Er läßt sich von Herren aus dem Publikum mit Ketten fesseln und steigt dann in ein großes mit Wasser gefülltes und durch starke Deckel verschließbares Glasbassin unter Wasser hat er sich nun seiner Fesseln zu entledigen. Am kommenden Sonnabend wird nochmals eine Nachmittags-Vorstellung eingelegt werden, in der auch die neu verpflichteten Künstler auftreten. Für Kinder die bekannte Bergjungfrau.

Familientragödie in Schöneberg. In dem Hause Hauptstraße 145 im Duergebäude in der zweiten Etage wohnte seit einiger Zeit der 30jährige Klempner Radtke mit seiner Ehefrau und seinem vier Monate alten Kinde. Zwischen den Gatten war es seit Wochen zu Zwistigkeiten gekommen, und infolgedessen war Frau R. zu ihrer Schwester nach der Erdmannstraße gezogen. Die Mutter und Schwester des Radtke sorgten, soweit dies ihre Zeit zuließ, für das Kind, während der Klempner seiner Arbeit nachging. Am Mittwoch begab sich R., der sehr an seiner Ehefrau zu hängen schien und mehrfach versucht hatte, sich mit ihr auszuöhnen, nach seiner Wohnung und schnitt hier dem im Korbe liegenden Säugling mit einem Rasiermesser die Kehle durch. Dann erhängte er sich an der Küchentür. Der Arzt vermochte nur noch den Tod von Vater und Kind festzustellen.

Charlottenburg. Die Arbeiterkurse der Stadt veranstalten Sonntag, den 21. Oktober, vormittags 1/9 Uhr, eine Färbung durch die Große Berliner Anstalt, Eintrittspreis 25 Pf. Treffpunkt Pariser Platz 4. Der Unterricht der Kurse findet für erwachsene männliche und weibliche Personen in Deutsch Montag und Freitag, in Literatur Mittwoch, abends von 8-10 Uhr, in der Arbeiterschule Wallstr. 80, Hof, Zimmer 1, statt.

Kaufhaus. Lebensmittel. Von heute ab gelangt ein Brotaufstrichmittel, welches aus ausländischen Innereien und Streckungsmitteln in einer städtischen Fabrik hergestellt wird, durch die Fleischverkaufsstellen an die eingetragenen Kunden zum Verkauf. Die Abgabe erfolgt an die Haushaltungen in Mengen von 1/4 Pfund pro Kopf gegen Abtrennung des Abschnitts 65 der Lebensmittelkarte zum Preise von 2 M. je Pfund und wird durch den Kundenauftritt am Tage vorher bekanntgegeben. In jeder Woche werden etwa 18 bis 18 Fleischverkäufer der Reihe nach mit dem Brotaufstrichmittel beliefert, so daß in etwa zehn Wochen die gesamte Bevölkerung einmal die Möglichkeit zum Bezuge dieses Aufstrichmittels hat. Die Fleischverkäufer sind angewiesen, den Verkauf sofort nach erfolgter Belieferung ohne Rücksicht auf die regelmäßigen Fleischverkaufstage vorzunehmen.

Zum Ausgleich für die Kürzung der Milchportion erhalten die Kinder bis zum 4. Lebensjahre Ersatz durch Ausgabe von Nährmitteln. Für den Monat November wird gewährt: den Kindern im 1. und 2. Lebensjahre: 1 Pfund Hafersoden, den Kindern im 3. und 4. Lebensjahre: 2 Pfund Hafersoden oder Weizenmehl. Die Ausgabe erfolgt ab Montag, den 5. November, in den Verkaufsstellen der Kaufleute Richard Heinrich und Otto Bienecke gegen Vorlegung der November-Milchkarten.

Wilmerdorf. Ausgabe von Sonderkartoffelarten. Zugleich mit den neuen Lebensmittelkarten gelangen durch die Brotkommissionen in der Zeit vom 19. bis 23. Oktober Sonderkartoffelarten an alle Kartoffelarteninhaber zur Ausgabe. Diese Karten sind nicht für den laufenden Bedarf, sondern zur Schaffung eines eisernen Bestandes bestimmt, ihre Benutzung hat nur nach vorheriger Bekanntmachung zu erfolgen. Es wird dringend empfohlen, die Sonderkartoffelarten sorgfältig aufzubewahren.

Neue Bezugskarten für Einzelpersonen. Nach Einlösung des Abschnitts „W“ der grünen Bezugskarten für Einzelpersonen verlieren diese ihre Gültigkeit. Die neuen Bezugskarten (7. Ausgabe, rot) sind bereits in den Händen der Bürgerchaft. Bei Einlösung des Abschnitts „W“ der alten Bezugskarten sind die oberen Hälften der neuen Bezugskarten den Händlern vorzulegen. Der Händler hat zu prüfen, ob der die Karten vorlegende Kunde in seine Kundenliste für den Bezug von Getreide, Suppen und Erbsen eingetragen ist. Zutreffendfalls hat er die obere Hälfte der neuen Karte, die die Buchstaben A-M umfaßt, mit seiner Firma zu versehen.

Spandau. Lebensmittel. Einfuhrgenehmigungen zum Bezuge der Kartoffeln aus den Lieferungskreisen können nur noch für solche Haushaltungen erteilt werden, die ihren Winterbedarf bei der Stadt nicht angemeldet haben. Wiederaufnahme getriebener Haushaltungen bzw. Aufstellungen können, da mit dem Abrollen bereits begonnen worden ist, eine Berücksichtigung nicht mehr finden.

Heute beginnt der Verkauf der städtischen Butter auf Butterabschnitt 4. Auf jeden Abschnitt werden 50 Gramm zum Preise von 30 Pf. herausgibt. — Morgen beginnt der Verkauf der städtischen Margarine auf Margarineabschnitt 4. Auf jeden Abschnitt werden 30 Gramm zum Preise von 12 Pf. herausgibt. — Beide Abschnitte verlieren Donnerstagabend ihre Gültigkeit.

Reinickendorf. Brennmaterialienversorgung. Das Ernährungsamt hat ein größeres Quantum Brennholz angekauft. Ein Teil ist bereits geliefert. Sobald eine größere Menge zur Verfügung steht, wird mit der Abgabe an die Bevölkerung begonnen. Der vom Ernährungsamt beschaffte Brennstoff wird eben jetzt auf dem Bahnhof an der Graf-Adern-Allee verkauft. Es ist zweckmäßig, den Bedarf sofort anzumelden (Ernährungsamt, Hauptstraße 40). Der Zentner kostet 7 M., die Abgabe erfolgt in der Reihenfolge der Anmeldungen. Auch war es dem Ernährungsamt möglich, Stein (Förder-)Lohle anzukaufen und einen Posten Gaskohle. Ueber die Abgabe an die Bevölkerung wird feinerzeit näheres mitgeteilt werden.

Schweinefleischverkauf. Die Belieferung der Gemeinde mit Ferkeln hat wieder eingesetzt. Der Verkauf erfolgt (maximal) täglich in den Läden der Gemeinde zum Preise von 4,50 M. pro Pfund.

Friedrichshagen. Milchverteilung. Heute gelangt auf Abschnitt 54 der Lebensmittelkarte eine Flasche dänische sterilisierte Vollmilch zur Ausgabe. Der Preis beträgt inkl. Flasche 1,40 M. Leere Flaschen werden in laudemem Zustande zum Preise von 10 Pf. bei der Ausgabe wieder zurückgenommen.

Groß-Berliner Parteinachrichten.

Berlin VI. Frauenversammlung. Am Montag fand eine gutbesuchte Frauenversammlung statt, in der Genossin Martha Hoppe ein mit Beifall aufgenommenes Referat hielt über die Pflichten der Frau im Kriege. Daran schloß sich eine Aussprache über Agitation. Es wurde beschlossen, wieder regelmäßige Frauenabende in den Bezirken stattfinden zu lassen. Eine ganze Anzahl Teilnehmerinnen der „Gleichheit“ wurde in der Versammlung gewonnen und Neuaufnahmen für den Wahlverein gemacht.

Aus aller Welt.

Zugszusammenstoß. Aus Schwerin wird gemeldet: Mittwochabend ist der auf der Fahrt von einem Anschlußgleis nach Bahnhofs Holthusen befindliche Arbeiterzug infolge Nichtbeachtung des Haltesignals auf in dem Rebenfeld stehende Güterwagen aufgelaufen. Es haben sich vier Arbeiterinnen Knochenbrüche zugezogen, und eine hat eine äußere Verletzung erlitten. Bei etwa 20 Arbeiterinnen sind merkwürdige Störungen festgestellt worden.

Das „Rationalschuhwerk“ ausverkauft. Der erste Vorrat des neuen französischen, vom Staate hergestellten „Rationalschuhwerks“, das in dieser Woche in Paris zum Verkauf kam, wurde im Sturme aufgekauft, so daß nach zwei Tagen nichts mehr vorhanden war. Der Preis dieses staatlichen Schuhwerks ist bedeutend niedriger als der von den Händlern sonst für andere Schuhware verlangte Preis.

Der Schaden des Brandes von Saloniki. Pariser Blättern zufolge beläuft sich bis jetzt der bei dem Brandunglück in Saloniki angerichtete Schaden auf 96 Millionen Franz.

Jugendveranstaltungen.

Arbeiter-Jugend Schöneberg. Sonntag, den 21. Oktober, findet im Schöneberg nach Zehlendorf statt. Treffpunkt 1/2 8 Uhr morgens bei der Schöneberg-Station. Abfahrt 40 Uhr. — Mittwoch, den 24. Oktober: Ausflug nach Zehlendorf, Reimlinger Str. 8. Abfahrt 8 Uhr. Gäste sind auf allen Veranstaltungen willkommen.

Arbeiter-Turnerbund. Die Mitglieder des Turnerbundes werden am Sonntag, den 21. Oktober, ihre Herbstturnfahrt. Treffpunkt Oberlärchenhof, Abfahrt 7.40 Uhr nach Zehlendorf. Karst über Schöneberg, Zehlendorf, durch den Friederichsdorfer Forst nach Zehlendorf. Gäste willkommen.

Märkische Spielvereinigung (Arbeiter-Turnerbund). Am kommenden Sonntag 8 Uhr finden folgende Spiele statt: Reußhagen gegen Richte-Nord I in Reußhagen, Stadt, Spielplatz, Grenzallee; Richte-Ost gegen Richte-Nord II auf dem Richte-Turnplatz, Treptow, Köpenicker Landstraße; L. S. 9. 09 - Wäldershof in Friedrichshagen, Gemeindeparkplatz, 6. Zehlendorf, 12. Reußhagen, des 20. Richte in Treptow, Köpenicker Landstraße; Schwanke I - Weihenlee in Zehlendorf; Richte-Nord II gegen Witten in Zehlendorf, Zümmersstraße.

Direktion: Max Reinhardt.
Deutsches Theater.
Uhr: Winterballade.
Sonabend: Winterballade.
Kammerspiele.
Uhr: Eine glückliche Ehe.
Sonabend: Das Konzert.
Volkstheater.
Theater am Bülowplatz.
Untergrund. Schönbr. Tor.
Uhr: Nathan der Weise.
Sonabend: Hamlet.
Hr. C. Reinhardt - R. Bernauer.
Theater Königgrätzerstr.
Uhr: Der Katzensteg.
Komödienhaus
Uhr: Die beiden Seehunde.
Berliner Theater
Uhr: Die tolle Komödie.

Theater für Freitag, 19. Oktober.
Central-Theater.
Kommandantenstraße 67.
7 1/2 Uhr: Die Csardasfürstin
Sonnt. 3 1/2 Uhr: U. O. Glück im Winkel
Deutsches Opernhaus
Uhr: Orpheus in der Unterwelt
Friedrich-Wilhelmst. Theater
7 1/2 Uhr: Das Dreimäderlhaus.
Kleines Theater
7 1/2 Uhr: Bürger Schippel.
Komische Oper
7 1/2 Uhr: Schwarzwaldmädel.
Sonnt. 3 1/2 Uhr: Die Dose Sr. Maj.
Lustspielhaus
7 1/2 Uhr: Die blonden Mädels vom Lindenhof.
Metropol-Theater
7 1/2 Uhr: Die Rose von Stambul.
Sonntag 3 Uhr: Die Kalarin.

WINTERGARTEN
Der neue umfangreiche Varieté-Spielplan Frieda Langendorff a. G.

Zirkus A. Schumann
Heute abend 7 1/2 Uhr: Zum Mexiko.
3. Male: Große Original-Ausstattungen - Pantomime u. Gesang u. Tanz i. 4 Akt. Vorher v. Dir. A. Schumann. Vorher das gr. Zirkusprogr.
Sonntag, 21. Oktober: 2 gr. Vorstellungen Nachm. 3 1/2 u. ab. 7 1/2 Uhr. In beiden Vorstellungen ungekürzt die große Original-Pantomime Mexiko.

APOLLO
Friedrichstraße an der Kochstr.
Dir. James Klein.
Alle abendlich 7 1/2 Uhr: Die Hochzeit des Maharadscha
Theaterk. ununterbr. geöffnet.
Sonntags: 2 Vorstellungen, 3 1/2 u. 7 1/2 Uhr.

Palast
Tgl. 7 1/2, Sonnt. 3 1/2 u. 7 1/2.
Nur noch bis 22. Oktober.
Der infolge Witwer
mit W. Hartstein.
Nazu d. große Okt.-Progr.
Schluß des Hartstein-Gastspiels a. 21. Okt.

Voigt-Theater.
Jadstr. 52. Badstr. 52.
Täglich 7 1/2 Uhr:
Loge No. 7.
Sonntag, 21. Okt., nachm. 3 Uhr:
Der Mann seiner Frau.
Abend 7 Uhr: Loge No. 7.

Kerkau-Palast
Behrenstraße 48
im 1. Stock Punkt 5 U. nm.:
Marionetten
Unt. ander. wird vorgef.:
Francilla Kaufmann
Lucie Kieselhausen
Klassische Tänze
Sont M'hessa
Orientalische Tänze
Robert Steidl
Gebrüder Wille
Hand- u. Kopf-Akrobaten
Salerno
der berühmte Jongleur
Blondel
am Schwungseil
Tolo
der unverwundl. Clown
Hochinteress. f. Erwachsene
und Kinder, jung und alt.
Keine erhöhten Preise
für Getränke erster Güte.
Eintritt u. Garderobe frei.
Konzert d. allbekanntesten
Gottschalk-Kap.

URANIA
8 Uhr:
Das Oberengadin und der Splügen.

NATIONAL-THEATER
7 1/2 Uhr: Esperider Str. 62.
Täglich 7 1/2 Uhr:
Grüßter Erfolg!
Das ist die Liebe!
Ruft von Walter Bromme.
Sonntag 3 1/2 Uhr:
Was junge Mädchen träumen!
Rose-Theater.
7 1/2 Uhr: Der Weiberfeind.
Wahalla-Theater.
7 1/2 Uhr: Zigeuner.

Reichshallen-Theater
Stettiner Sänger.
Anfang 7 1/2 Uhr.
Jed. Sonntag nachmittag 3 Uhr
Vorstellung z. ermäßigten Preisen!
Logen 1 M., Parkett 75 Pf.
Eintritt 30 Pf.
Billetts schon heute!

Gewerkchaftshaus.
Sonntag, den 21. Oktober 1917:
Im großen Saal veranstaltet der Arbeiter-Wanderbund einen Lichtbilder-Abend mit humoristisch. Vorträgen u. Klampfenkonzert.
In den anderen Sälen: Humoristische Vorträge u. Konzert.
Ein gr. Posten Wänschbraten a. Portion 4,00 M. mit Zubehör.

Sonntag mittag:
Gänseruppe . . . 0,30
Zanderfilet i. Weisswein . . . 2,00
Spinal m. Beilage . . . 2,00
Rhein. Röhren m. Beilage . . . 2,00
Gänsefleisch i. Kopf . . . 3,00
Kammelfleisch . . . 3,00
Spenerfisch . . . 3,00
Wolose 0,50, Gurkensalat 0,30
Bruchtpfeife 1,00.
Heute und morgen:
Ein großer Posten frische, fette Hühner a. Pfd. 5,25 M.
Ein großer Posten Gutespätzelsfleisch . a. Pfd. 6,00 M.
Ein großer Posten fette Enten.
Hühnerbrühe a. Liter 60 Pf. und darin gekochte Hühner ein halbes 5,00 M.

Sonabend, den 20. Oktober 1917:
Kunst- u. Theater-Abend.
Melodram - Gesang - Spielgenen - Lichtspiele.
Eröffnung 7 Uhr. - Anfang 8 Uhr.
Berliner Konzerthaus
Manerstr. 62. Zimmerstr. 90/91.
Heute:
Großes Konzert
des Berliner Konzerthaus-Orchesters
Leiter: Komponist Franz von Blon.
Anfang 7 1/2 Uhr. Eintritt 30 Pf. Anfang 7 1/2 Uhr.
An allen Nachmittags-Konzerten bei freiem Eintritt
Wochezeiten u. voller Orchesterbesetzung

„In Freien Stunden“ Heft 41 enthält den Aufsatz: „Ein Kampf mit dem Teufelsfisch“ mit Abbildungen.

Briefkasten der Redaktion.
B. S. 22. Ihre Anfrage ist unverständlich. Kommen Sie in die Sprechstunde. — G. 028. Die Kündigungsdauer beträgt eine Woche. — Reichsversicherung. Zur Betriebskrankenkasse gehören nur die im Betriebe beschäftigten Personen. Eine andere Kasse kommt seit 4. 8. 1914 nicht in Betracht. Für Hausgewerbetreibende, mit Ausnahme der Textil- sowie Tabakindustrie, brauchen Inhabermarken nicht gestellt zu werden. Selbstversicherung auf eigene Kosten ist zulässig. — B. Regel. Sie kann nur auf Wohnbarkeit klagen. Durch die Rente ist zweifellos die Wohnung gesundheitsgefährlich. Sollte es nicht doch einfacher sein, Sie ziehen aus? — G. D. 150. War die Ehe kinderlos, sind auch Kinder nicht mehr zu erwarten, so erbt die Witwe vorweg alle zur Haushaltung gehörigen Gegenstände. Kleider, Bekleidung usw. gehören nicht hierzu. Von den nicht als Haushaltungsgegenständen zu betrachtenden Gegenständen, sowie vom sonstigen Vermögen erben die Frau sowie die Eltern je die Hälfte. — W. S. Wenn ein Verleihen der Post vorliegt, haben Sie Rechtsanspruch auf das Verpflegungsgeld während der 7 Tage. — J. T. 16. Bei Verzug einer Kriegesfamilie bleibt der frühere Lieferungsverband zur Zahlung der

Unterstützung verpflichtet bis zur endgültigen Einstellung der Unternehmung, sei es infolge Kriegsendigung oder auch Einstellung des Kriegesstillstehens. Findet im letzteren Fall eine Wiederbelebung statt, so tritt der Lieferungsverband des neuen Bohnortes ein. — R. S. 50. Geringe körperliche Fehler (Weinverfärbung und Blauspitz), welche aber den Dienst mit der Waffe nicht ausschließen. — W. W. 10. Kein — G. S. Kontinentalschiffe sollen zum Behalten der Angehörigen des Truppenfelds gemeinsam verwendet werden. — G. S. 110. Sie können weiter nichts tun, als die 3 M. Anzahlung referieren. Zur wirklichen Vereinfachung der Sache sind Sie nicht verpflichtet. — Schmidtjober. 1. Deutsche Briefe nach Nordamerika werden nicht befördert, aus nicht durch das zentrale Russland, falls Sie einen Bekannten in Holland haben, könnte hier unter seiner Adresse die Vermittlung übernommen. 2. Wenn das Gewerbegebiet entschieden hat, können wir von hier aus nichts machen. Ihr Brief hätte sich von der früheren Arbeitsstelle eine den Sachverhalt betreffende Bescheinigung ausstellen lassen müssen. Wenden Sie sich an das dortige Arbeitersekretariat. — R. M. 3. 1. Märkischer Hauptarbeitsnachweis für Randmühlerei, Schlegelstr. 15. 2. Häufig von dem betreffenden Einkommen ab. — G. M. 200. Ohne Erlaubnis Ihrer vorgelegten Behörden dürfen Sie sich als Soldat nicht behandeln lassen. Entlassung findet nicht statt.

Wetterausichten für das mittlere Norddeutschland bis Sonntag mittag. Stetlich mild und zeitweise heiter, jedoch vorwiegend bedeckt mit leichten Regenfällen.

Kommando der Schutztruppen.

Wohltätigkeitsveranstaltung zum Besten der „Deutschen Kolonial-Kriegerpende“
unter dem Protektorat Sr. Exz. des Staatssekretärs des Reichs-Kolonialamts Dr. Solf
am Sonntag, den 21. Oktober 1917, mittags 12 Uhr
im Union-Palast, Kurfürstendamm 26
„Im deutschen Sudan“
Filmvortrag
des Afrikaforschers
Karl v. Prellow v. 10 M. im Gesellschaftszimmer Manerstr. 45/46

Deutscher Metallarbeiter-Verein.
Verwaltungsstelle Berlin, N 54, Einickstraße 83-85.
Geschäftszeit von 9-11 Uhr und von 4-7 Uhr.
Telephon: Amt Norden 185, 1239, 1987, 9714.
Den Kollegen und Kolleginnen von Adlerhof und Umgebung zur Kenntnis, daß wir unsere
Bibliothek
von Adlerhof, Bismarckstr. 31 („Jugendheim“), nach
Bismarckstraße 63 (Lokal von G. Reichert)
verlegt haben.
Die Ausgabe der Bücher findet wie bisher Montags
von 7 bis 9 Uhr statt.

Branchen-Versammlung
der Metall-, Fasson- und Revolverdreher sowie dreherinnen
im Saal III des Gewerkschaftshauses, Engelstr. 15.
Tagesordnung: 128/31
1. Bericht und Aufgaben der Organisation, Referent: Max Mayz.
2. Branchenangelegenheiten und Entwurf der Kommission.
3. Verschiedenes.
Ohne Mitgliedsbuch kein Zutritt!
Sonntag, den 21. Oktober 1917, vorm. 10 Uhr

Versammlung
aller in Zink-, Zinn- u. Bleigießereien
beschäftigten Kollegen u. Kolleginnen
im Lokal von Müller, Alexandrinstraße 32.
Tagesordnung:
1. Berichts- und Branchenangelegenheiten.
2. Abrechnung unserer Feldgüter-Sammlung.
3. Verschiedenes.
Zahlreiches und pünktliches Erscheinen wird erwartet.

Fortsetzung der am 4. Oktober vertagten Branchen-Versammlung
der Werkzeugmacher, Werkzeugschleifer, Einrichter sowie sämtlicher als Zigarettenmaschinenführer beschäftigten Kollegen
in den Mäcker-Teisälen, Kaiser-Wilhelm-Straße 31 (gr. Saal)
Tagesordnung:
1. Fortsetzung der Diskussion.
2. Neu- und Erziehungswesen der Agitationskommission.
3. Branchenangelegenheiten.
Ohne Mitgliedsbuch kein Zutritt!
Das Erscheinen aller Kollegen ist unbedingte Pflicht.

Bezirks-Versammlung
des 14. Bezirks (Moabit)
im Lokal von Sand, Beusselstr. 9
und des 3. und 4. Bezirks
im Lokal von Oskar Blume, Alt-Vorlagen 56, um 8 1/2 Uhr.
Tagesordnung:
1. Fortsetzung der Diskussion über den Bericht der Ortsverwaltung, betreffend unsere letzte Generalversammlung.
2. Verschiedenes.
Ohne Mitgliedsbuch kein Zutritt!
Zahlreiches und pünktliches Erscheinen ist Pflicht.
Die Ortsverwaltung.

Möbelfabrik Rob. Seelisch
BERLIN O 112, Rigaer Str. 71-73a
empfiehlt gute preiswerte Möbel
154 Musterräume
Lagerräume: 6696 q-Meter groß.
Versand nach allen Plätzen Deutschlands. Besichtigung ohne Kaufzwang gestattet.

Die Befestigung des Oberkommandos in den Marken, betreffend Beschlagnahme, Beurlaubung, Verwendung und Wechsellieferung von pflanzlichen Gerbstoffausgüssen und künstlichen Gerbstoffen tritt mit dem 19. Oktober 1917 in Kraft.
Die vollständige amtliche Befestigung erfolgt an den Anschlagstellen und in der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“, Berlin, den 19. Oktober 1917.
Der Polizeipräsident.

Trianon-Theater
Georgenstr., Bf. Friedrichstr.
7 1/2 U. Abendlich 1/8 U.
Der Lebensschüler.
Schauspiel von Ludwig Fulda
Kaiser-Tiz, Ida Wüst,
v. Möllendorff, Kettner, Flink.
Sonntag 3 1/2: Johannistag.

Admirals-Palast.
Die Novität
Abrakadabra
Großes phantastisches Ballett auf dem Eis.
7 1/2 U. Vorzügl. Küche.

Am 19. Oktober feiert der
Wärmehausmeister
Moritz Apitzsch
Berthauer Str. 49, sein
50 jähr. Weiblich-Jubiläum.

Deutscher Transportarbeiterverband.
Bezirksverwaltung, Groß-Berlin
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege, der
Rolfkühler
Emil Riet
am 17. Oktober im Alter von
32 Jahren verstorben ist.
Die Beerdigung findet am
Sonntag, den 20. Oktober,
nachmittags 3 Uhr, von der
Leichenhalle des Georgen-
kirchhofes in Weihenlee,
Rückstraße, aus statt.
Neue Beerdigung erwartet
189/10 Die Ortsverwaltung.

Deutscher Metallarbeiter-Verein.
Verwaltungsstelle Berlin.
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege, der
Schloffer
Ernst Petzold
am 16. Oktober an Lungen-
leiden gestorben ist.
Ohre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am
Sonntag, den 20. Oktober,
nachmittags 4 Uhr, von der
Leichenhalle des Georgen-
kirchhofes in Weihenlee,
Rückstraße, aus statt.
Neue Beerdigung erwartet
189/10 Die Ortsverwaltung.

Deutscher Bauarbeiter-Verein.
Zweigverein Berlin,
Bezirk Charlottenburg.
Am 15. Oktober starb unser
Mitglied, der Maurer
Friedrich Graul.
Ohre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet
morgen Sonntag, nach-
mittags 3 1/2 Uhr, auf dem
Schmiedekirchhof in Stahnsdorf
aus statt.
147/7 Der Vorstand.

Deutscher Bauarbeiter-Verein.
Zweigverein Berlin,
Bezirk Charlottenburg.
Am 15. Oktober starb unser
Mitglied, der Maurer
Friedrich Graul.
Ohre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet
morgen Sonntag, nach-
mittags 3 1/2 Uhr, auf dem
Schmiedekirchhof in Stahnsdorf
aus statt.
147/7 Der Vorstand.

Heinrich Hüner
am 10. Oktober im Alter
von 71 Jahren verstorben ist.
Den Mitgliedern ferner
zur Nachricht, daß unser
Kollege, der Drochsenführer
Friedrich Brandt
am 13. Oktober im Alter von
50 Jahren verstorben ist.
Ohre ihrem Andenken!
Die Bezirksverwaltung.

Dr. med. Laubs
bes. innerl., gynäk., mögl.
schmerzlos u. ohne Bewusst-
losigkeit. Geschlechtskrankheit, geheime
Haut-, Harn-, Frauenleiden,
Schwäche, Erprobte Methoden
Ehrlich-Hata-Kuren, Harn- u.
Blutuntersuchung.
Königstr. 94/96, Bahndorf,
Spr. 10-11 u. 5-8, Sonnt. 10-1

Albert Haese
am 16. Oktober verstorben ist.
Haele gebl. vom Jahre
1867 bis 1912 dem Aus-
sichtsrat der Genossenschaft
an. Er hat sich namentlich
in Neußhagen um die Be-
weirung genossenschaftlicher
Böden sehr verdient gemacht.
Die Beerdigung findet
Montag, den 22. b. Okt.,
nachmittags 3 1/2 Uhr, auf
dem Friedhof in Rahnsdorf
aus statt. Abfahrt ab Bahndorf
Zehlendorf - Friedrichshagen
nachmittags 2 1/4 Uhr. Wir
bitten unsere Mitglieder,
sich an der Beerdigung zahl-
reich zu beteiligen.
106/15 Der Vorstand.

Spezialarzt
Dr. med. Laubs
bes. innerl., gynäk., mögl.
schmerzlos u. ohne Bewusst-
losigkeit. Geschlechtskrankheit, geheime
Haut-, Harn-, Frauenleiden,
Schwäche, Erprobte Methoden
Ehrlich-Hata-Kuren, Harn- u.
Blutuntersuchung.
Königstr. 94/96, Bahndorf,
Spr. 10-11 u. 5-8, Sonnt. 10-1

Spezialarzt
Dr. med. Laubs
bes. innerl., gynäk., mögl.
schmerzlos u. ohne Bewusst-
losigkeit. Geschlechtskrankheit, geheime
Haut-, Harn-, Frauenleiden,
Schwäche, Erprobte Methoden
Ehrlich-Hata-Kuren, Harn- u.
Blutuntersuchung.
Königstr. 94/96, Bahndorf,
Spr. 10-11 u. 5-8, Sonnt. 10-1

Spezialarzt
Dr. med. Laubs
bes. innerl., gynäk., mögl.
schmerzlos u. ohne Bewusst-
losigkeit. Geschlechtskrankheit, geheime
Haut-, Harn-, Frauenleiden,
Schwäche, Erprobte Methoden
Ehrlich-Hata-Kuren, Harn- u.
Blutuntersuchung.
Königstr. 94/96, Bahndorf,
Spr. 10-11 u. 5-8, Sonnt. 10-1

Spezialarzt
Dr. med. Laubs
bes. innerl., gynäk., mögl.
schmerzlos u. ohne Bewusst-
losigkeit. Geschlechtskrankheit, geheime
Haut-, Harn-, Frauenleiden,
Schwäche, Erprobte Methoden
Ehrlich-Hata-Kuren, Harn- u.
Blutuntersuchung.
Königstr. 94/96, Bahndorf,
Spr. 10-11 u. 5-8, Sonnt. 10-1

Spezialarzt
Dr. med. Laubs
bes. innerl., gynäk., mögl.
schmerzlos u. ohne Bewusst-
losigkeit. Geschlechtskrankheit, geheime
Haut-, Harn-, Frauenleiden,
Schwäche, Erprobte Methoden
Ehrlich-Hata-Kuren, Harn- u.
Blutuntersuchung.
Königstr. 94/96, Bahndorf,
Spr. 10-11 u. 5-8, Sonnt. 10-1

Fette Enten,
Hund 5.50 an,
frische Hühner, Pfd. 4.50 an,
Fette Heilige Kaninchen,
Schmidt vom Tische,
Pflanzl. 21, Zehlfisches Tor.

Neue Forderungen der Buchbinder.

Ueber die Beschlüsse der Gauleiter- und Tarifkommission der Buchbinder zur Neuregelung des Gehalts und der Arbeitszeit wurde am 1. Oktober in einer kombinierten Werkstattdelegiertenversammlung der Berliner Buchbinder Bericht erstattet. Mächtig besprach im einzelnen die Forderungen. Sie sind von der Tarifkommission für das Gebiet des Dreistädtebezirks (Berlin, Leipzig, Stuttgart) aufgestellt. Im Anblich an die Tarifkommission hat jedoch eine Gauvorsitzendenkonferenz die aufgestellten Forderungen auch für alle übrigen Orte des Deutschen Reiches für angemessen und richtig erklärend erklärt, was ihre Zustimmung zu tun, sie in den Gauen zur Durchführung zu bringen. Der Verband deutscher Buchbinderbesitzer und dem Verbands Deutscher Buchdruckerbesitzer die Forderungen eingereicht.

Für die im Stundenlohn beschäftigten männlichen Personen wird gefordert: Die im Tarif (Dreistädtebezirk) unter a bis d festgesetzten Minimallohne sind um 20 Pf. pro Stunde zu erhöhen. Allen Arbeitern, die mehr als den bisherigen Minimallohn erhalten, ist der Lohn um mindestens 15 Pf. pro Stunde zu erhöhen, sofern ihnen nicht durch die Erhöhung der Minimallohne eine höhere Zulage zusteht. — Den Arbeiterinnen im Stundenlohn sind die unter a bis g im Tarif festgesetzten Minimallohne in Berlin um 15 Pf. und in Leipzig und Stuttgart um 12 Pf. pro Stunde zu erhöhen. Allen Arbeiterinnen, die mehr als den bisherigen Minimallohn erhalten, ist der Lohn in Berlin um mindestens 10 Pf. und in Leipzig und Stuttgart um mindestens 8 Pf. pro Stunde zu erhöhen, sofern ihnen nicht durch die Erhöhung der Minimallohne eine höhere Zulage zusteht. — Sämtliche Akkordlöhne, die im Tarif vorgesehen sind, sind um 20 Proz. zu erhöhen. — Alle Feuerungszulagen, die mit dem Verband Deutscher Buchbinderbesitzer am 24. Mai 1917 und mit dem Verband Berliner Buchbinderbesitzer am 13. Juni und am 12. September 1917 vereinbart sind, bleiben bestehen einschließlich der 20 Proz. Zuschlag für Hausarbeiten. Die Berechnung der Feuerungszulagen hat zu erfolgen nach dem jeweils ohne Ueberstunden erzielten wöchentlichen Verdienst. — Beim Festen

auf Streifen- oder Kartatanzage ist bei Drahtsehung ein Zuschlag von 15 Proz. und bei Fedensehung ein Zuschlag von 10 Proz. zu zahlen, und zwar rückwirkend vom Zeitpunkt der jeweiligen Anwendung an. — Für die Kriegsdauer wird vorgeschlagen, daß solche Arbeiten, die nach dem Tarif den Gehilfen vorbehalten sind, auch durch Arbeiterinnen ausgeführt werden können, falls nach Anfrage bei der Gehilfenorganisation keine Gehilfen zu haben sind. Die Bezahlung hat nach folgenden Sätzen zu erfolgen: Arbeiterinnen am Tisch erhalten in den ersten sechs Wochen ihrer Berufstätigkeit in Berlin pro Stunde 54 Pf., in Leipzig und Stuttgart pro Stunde 45 Pf., und nach dieser Zeit in Berlin pro Stunde 64 Pf., in Leipzig und Stuttgart pro Stunde 55 Pf. — Arbeiterinnen an Maschinen sollen in allen drei genannten Städten in den ersten sechs Wochen ihrer Berufstätigkeit 60 Pf. und nach dieser Zeit 75 Pf. pro Stunde erhalten. An Feuerungszulagen erhalten diese Arbeiterinnen die für Gehilfen vereinbarten Sätze. — Weitere Forderungen betreffen die Zuschläge für Ueberstunden und Nacharbeit. — Wichtig ist noch folgende Forderung: Bei durchgehender Arbeitszeit soll diese nicht mehr als 8 Stunden täglich betragen. Durchgehende Arbeitszeit ist dann als vorliegend anzusehen, wenn die Mittagspause weniger wie eine Stunde beträgt. Bei durchgehender Arbeitszeit ist der Stundenlohn um so viel zu erhöhen, daß ein Ausfall für den Arbeiter nicht entsteht. — Nach lebhafter Diskussion erklärte sich die Versammlung mit der Einreichung dieser Forderungen an die Verbände der Prinzipale einverstanden.

Ueber die geplante Erhöhung der Beitrags- und Unterküfungssätze referierte hier. Die Verbandsmitglieder sollen durch eine Abstimmung darüber entscheiden. Nach einer Diskussion wurde folgende Resolution einstimmig angenommen:

„Da unsere Organisation voraussichtlich nach dem Kriege mit wirtschaftlichen Kämpfen rechnen muß, ist es unbedingt notwendig, die Leistungsfähigkeit und Schlagkraft unserer Organisation zu erhöhen. Aus diesen und anderen Gründen erklärt sich die Versammlung im Prinzip für eine Beitragserhöhung und erwarbt entsprechende Vorschläge.“

In der elektrischen Branche in Dänemark ist für die nächste Zeit von den Unternehmern die Aussperrung angekündigt worden.

Die in Göteborg im Gemeinbedienst angestellten niederen Beamten sind um eine Feuerungszulage von 40 Proz. der Löhne — Mindestzulage 750 Kr. für das Jahr — eingekommen; zugleich faßten sie den Beschluß, eine Organisation zu gründen.

Der Ausstand in Vaku.

Petersburg, 17. Oktober. (Meldung der Petersburger Telegr.-Agentur.) Da die Besitzer der Vakuwerke in Vaku die Mehrzahl der Forderungen der Arbeiter bewilligt haben, sind diese nach einem neuntägigen Ausstand zur Arbeit zurückgekehrt.

Bergarbeiterstreiks in Illinois.

Washington, 17. Oktober. (Neuer.) Mit Rücksicht auf die Arbeiterzustände in dem Kohlengebiet von Illinois erklärte die Regierung sowohl den Bergwerkseignern wie den Arbeitern, sie werde die Bergwerke selbst übernehmen, falls die Kohlenförderung weiter durch Ausstände bedroht werden sollte.

Seemannstreik in Australien.

Melbourne, 17. Oktober. (Neuer.) Der australische Schiffsverkehr ist infolge eines Streikes zwischen dem Schiffsbesitzerverband und der Gewerkschaft der Seeleute von Victoria, die in den Ausstand getreten sind, in einem gewissen Umfang unterbrochen worden. Die Seeleute von Neu-Süd-Wales drohen jetzt, die Schiffsbesitzer zu stellen, falls die Seeleute von Victoria beim Ausstand beharren sollten.

Parteinachrichten.

Unabhängige Friedensarbeit in Braunschweig.

Nachdem unsere Genossen in einer großen von über tausend Personen besuchten Versammlung, mit Schöpflin als Redner, für den Verständigungsfrieden Propaganda gemacht hatten, bequamen sich auch vorige Woche die Unabhängigen zu einer Mitgliederversammlung mit Aunert-Halle als Redner. Aunert sprach über „Frieden und Demokratie“. Die Versammlung fand in einem Saale statt, der höchstens 300 Personen faßt. Die Versammlung war sehr schlecht besucht. Im „Halleischen Volksblatt“ schreiben selbst die Unabhängigen, daß die Versammlung den Verhältnissen entsprechend gut besucht war. Das sagt schon genug. Aunert förderte den Frieden, indem er die Sozialdemokratie als unethisch denuntierte.

Der Kopenhagener „Sozialdemokraten“ über Eberts Paritätensrede.

Der Würzburger Parteitag wird in der Parteipresse der skandinavischen Länder lebhaft verfolgt; es erscheinen täglich telegraphische Auszüge der Verhandlungen sowie ganz ausführliche Berichte. So wird die Eröffnungssrede Eberts vom Kopenhagener „Sozialdemokraten“ erst im telegraphischen Auszug, in der darauffolgenden Nummer im vollen Wortlaut wiedergegeben. Diese

wörtliche Wiedergabe wird vom genannten Blatte damit begründet, daß diese Wertige Rede ein Meisterwerk ist, sowohl durch ihren reichen Inhalt wie durch die Kraft und Klugheit, von der sie getragen ist.

Industrie und Handel.

Neues Handelskammergesetz.

Das preussische Handelskammergesetz wird einer gründlichen Aenderung unterworfen, da es nicht mehr den Verhältnissen entspricht. Historisch ist vorauszuschicken, daß das Handelskammerwesen in Preußen einmal auf die kaufmännischen Körperschaften in den Hansestädten und auf die Handelskammervereinigungen im Rheinland — eine Errungenschaft der französischen Revolution — zurückzuführen ist. Das Handelskammergesetz selbst stammt aus dem Jahre 1870; einer Aenderung wurde es im Jahre 1897 unterworfen. Während nun aber die 12 Landwirtschaftskammern in den einzelnen Provinzen und die 33 bestehenden Handwerkerkammern in den Kreisen ihre Begrenzung haben, bestehen im Saale Preußen 89 Handelsvertretungen ohne geregelte Begrenzung. Sogar auch in dieser Zerstückelung der Vorteile, daß die lokalen Interessen dabei eine gute Ververtretung finden, so hat sie aber andererseits große Nachteile. Die Handelskammer soll in erster Linie die Gesamtinteressen eines Bezirks vertreten; das ist aber nicht möglich, wenn die Bevölkerung so groß ist, wie hier. So trennt z. B. die Handelskammerbezirke Berlin und Potsdam eine Straße in Charlottenburg, und zusammenhängende Städte mit gleichen wirtschaftlichen Interessen, wie etwa Barmen-Eberfeld, liegen in getrennten Handelskammerbezirken. Viele Handelskammern sind auch so klein, daß sie ihrer Aufgabe sowohl hinsichtlich der finanziellen Leistungen als auch der zur Verfügung stehenden Persönlichkeiten nicht gerecht werden können.

Der erste Grundgedanke des bisherigen Handelskammergesetzes war, daß nicht der Minister die Handelskammern errichtet und sie abgrenzt, sondern daß er die Bildung der Kammern nur genehmigt. Die neue Abgrenzung soll sich nun in den politischen Grenzen halten; doch soll diese Abgrenzung nicht bindend sein, sondern sich nach den wirtschaftlichen Verhältnissen des Bezirks richten. Wie das in der Praxis aussehen wird, soll im Gesetz nicht festgelegt werden. Zweitens soll eine genügende Steuerleistungsfähigkeit der Handelskammern vorhanden sein. Die Zuschläge zur Gewerbesteuer, die die Handelskammern erheben können, sollen so hoch sein, daß ein technisch gut durchgebildetes Personal angestellt werden kann. Drittens soll ein gewisser größerer Flächenraum die Grundlage der neuen Organisation bilden, damit es möglich wird, wirksam führende und leitende Köpfe in die Handelskammern zu bringen. Ueberhaupt soll ein noch einheitlicher Gesichtspunkt durchgeführt großer Plan zur Ausführung kommen, auf dem der deutsche Kaufmannsgeist und Gewerbesinn frei schalten und walten kann.

Die Handelskammern selbst sollen in Abteilungen zerfallen, in welchen einzelne Interessentengruppen ihre Beratungen pflegen können, wobei die Anknüpfung der Ministerien nach Möglichkeit Berücksichtigung finden sollen. Unter anderem soll hierdurch auch der Kleinhandel seine Vertretung finden. Eine Neuerung ist auch, daß die Frau, die den Bestimmungen des Handelsgesetzes untersteht, sich an den Wahlen zur Handelskammer direkt beteiligen kann. Ueber das passive Wahlrecht der Frau schweben noch Ermägungen. Aber auch die Industrie soll in den Handelskammern eine gewisse Vertretung finden.

Kriegshaufe in Italien.

Wie in allen Kriegführenden Ländern hat auch in Italien das Gründungsfieber und die Vorkriegshufe einen ganz gewaltigen Aufschwung genommen. Der Unternehmungsgestirnt hat sich vor allem in der Neugründung und Kapitalerhöhung von Schiffahrtsgesellschaften, Schiffswerften, Eisenhütten und Elektrizitätsgesellschaften für Ausbeutung der Wasserkraft in den nord- und westitalienischen Alpen. Es ist offenbar, daß dabei die größten Schwierigkeiten vorliegen, weil vielfach einfach die Kriegsgewinne kapitalisiert werden. Das heißt: es werden die Kriegsgewinne nach dem Durchschnittszinssatz als Rendite eines stillen Kapitals angesehen, das dann als Aktienkapital nominieren wird. Selbstverständlich muß der Staat kommen, sobald die Kriegsgewinne sinken. Das Gegenstück ist eine kolossale Verschuldung, die am 30. Juni d. J. bereits 43 Milliarden Lire betrug, das sind 20 Milliarden mehr als bei Eintritt Italiens in den Weltkrieg. Von diesen 43 Milliarden Lire sind 11,5 Milliarden Lire kurzfristige Wechselschulden.

Baisse an der New Yorker Börse.

Der von der New Yorker Börse mit hochgeheiltem Hoffnungen begrüßte Krieg hat sich bisher nicht als Friedenbringer erwiesen. Die Kurse blieben lange Zeit stabil, um in den letzten Wochen ziemlich scharf zu fallen. Die Aktien des berühmten Stahltrains sind von ihrem Höchststande — 125 Dollars — auf 100 Dollars gesunken. Eine ähnliche Bewegung haben die meisten Bahngesellschaften, die Kupfer- und Rotorensfabriken und insbesondere auch die durch ihre kolossalen Lieferungen berühmten Bethlehem Steel Works erfahren. Die Baisse ist auf hohe Kriegsteuern, auf Friedensgerüchte und darauf zurückzuführen, daß Vorkriegskredite gekündigt wurden, um Geld für die Kriegsanleihe frei zu bekommen. Sollte der Krieg noch längere Zeit fortgehen, so wird infolge der starken eigenen Rückfragen der Vereinigten Staaten die Stimmung vermutlich stark umschlagen und die Börse wieder in ein Hoffensfieber verfallen, wie es in allen Ländern geschieht, wo auf Kosten der öffentlichen Verschuldung Gründungsfeiern und Spekulationen treibhausmäßig gegädelt werden.

Verantwortlich für Politik: Erich Kautner, Berlin; für den übrigen Teil des Blattes: Alfred Schatz, Reutlingen; für Unterseite: Dr. Glade, Berlin. Druck u. Verlag: Hermann Augustin u. Verlagsgesellschaft Paul Singer & Co., Berlin SW. Hierzu 1 Beilage und Unterhaltungsblatt.

Gewerkschaftsbewegung

Berlin und Umgegend.

Erhöhung der Feuerungszulagen auf dem städtischen Schlacht- und Viehhof.

Am 31. August d. J. hatte das Personal des Schlacht- und Viehhofes an das Kuratorium den Antrag gestellt, die Feuerungszulagen ab 1. September für Männer um 10 1/2 Pf. und für Frauen um 10 Pf. pro Stunde zu erhöhen. Ferner wurde für die im Akkord arbeitenden Hausbinderinnen eine Prozentige Erhöhung der Akkordlöhne verlangt. Nachdem der Arbeiterausschuß am 3. Oktober nochmals wegen baldiger Erfüllung der Forderung gemahnt hatte, wird uns jetzt mitgeteilt, daß das Kuratorium die beantragten Zulagen bewilligt hat. Die erhöhten Sätze treten aber erst mit Wirkung vom 1. Oktober 1917 in Kraft. Die Arbeiter und Arbeiterinnen des Schlacht- und Viehhofes fühlen sich dadurch zurückgesetzt, einmal, weil sie die Forderung schon selbst auf ein Mindestmaß beschränkt hatten, und zum anderen, weil in anderen städtischen Betrieben und auch für die Beamten bereits ab 1. Juli 1917 erhöhte Bezüge gewährt worden sind. Wir halten es für eine Pflicht der Stadtverwaltung, die Erhöhung ab 1. September nachzahlen, zumal die Löhne auf dem Schlacht- und Viehhofe nicht hoch sind und die Feuerungszulagen hinter denen anderer städtischer Betriebe noch zurückstehen. Die Gesamtzulage zu den Arbeitslöhnen beträgt jetzt bei den Männern 44 Pf. und bei den Frauen 30 Pf. pro Stunde. Die Minderzulage gibt es auf dem Schlacht- und Viehhof nicht.

Ausland.

Arbeitslosigkeit in Skandinavien.

Die Arbeitslosigkeit in den drei skandinavischen Ländern macht sich bereits recht fühlbar. Da eine Besserung in den Zufuhren von Rohstoffen für die nächste Zeit nicht zu erwarten ist, dürfte die Anzahl von Betrieben, die wegen Mangel an Stoffen und Brennmaterial gänzlich oder teilweise schließen müssen, in der nächsten Zeit eine ziemlich bedeutende sein. Die Erwerbsmöglichkeiten für eine große Zahl skandinavischer Arbeiter scheinen daher in diesem Herbst und Winter sehr gering zu werden. In Englands Maßnahmen, zur Verhinderung der Zufuhr von notwendigen Rohwaren, ist nun auch nach Amerika hinzugekommen, das darauf auszugehen scheint, den paar übriggebliebenen Neutralen Europas das Leben so hart wie möglich zu gestalten. Unter dem Vorwand, eine eventuelle Belieferung Deutschlands durch die Neutralen gänzlich verhindern zu wollen, greift es von Tag zu Tag zu immer schärferen Mitteln. Von den größeren Industrien, die in Skandinavien seit längerer Zeit am meisten zu leiden haben, sind u. a. die Textilindustrie in Schweden und Dänemark, die Konfektionsindustrie in Norwegen (wegen Mangel an Wolle), die Margarine-Industrie aller drei Länder, die Sägemehl-Industrie Schwedens (Mangel an Schmieröl) und mehrere Zweige der Metallindustrie, die auf Kupfer, Nickel, Zinn angewiesen sind. Es kommen noch viele kleinere und größere Betriebe der verschiedensten Industrien der drei Länder hinzu, die allmählich lahmgelegt werden.

Die Bureauassistenten der schwedischen Privatbahnen haben sich in einem Verein organisiert.

Sonntags geschlossen!




Eine Einrichtung, die wir hauptsächlich im Interesse unseres Personals eingeführt haben, das — ganz besonders bei dem jetzt alltäglichen starken Andrang in unseren Geschäften — diesen freien Tag unbedingt benötigt.

Rönigstr. 33 **Chausseestr. 113**
 am Bahnhof Alexanderplatz beim Ostflügel des Bahnhofs